

# ODER DAHLEM

Magazin des ASTA der Freien Universität Berlin  
Nr. 11 – Sommersemester 2010

Same shit,  
different place?

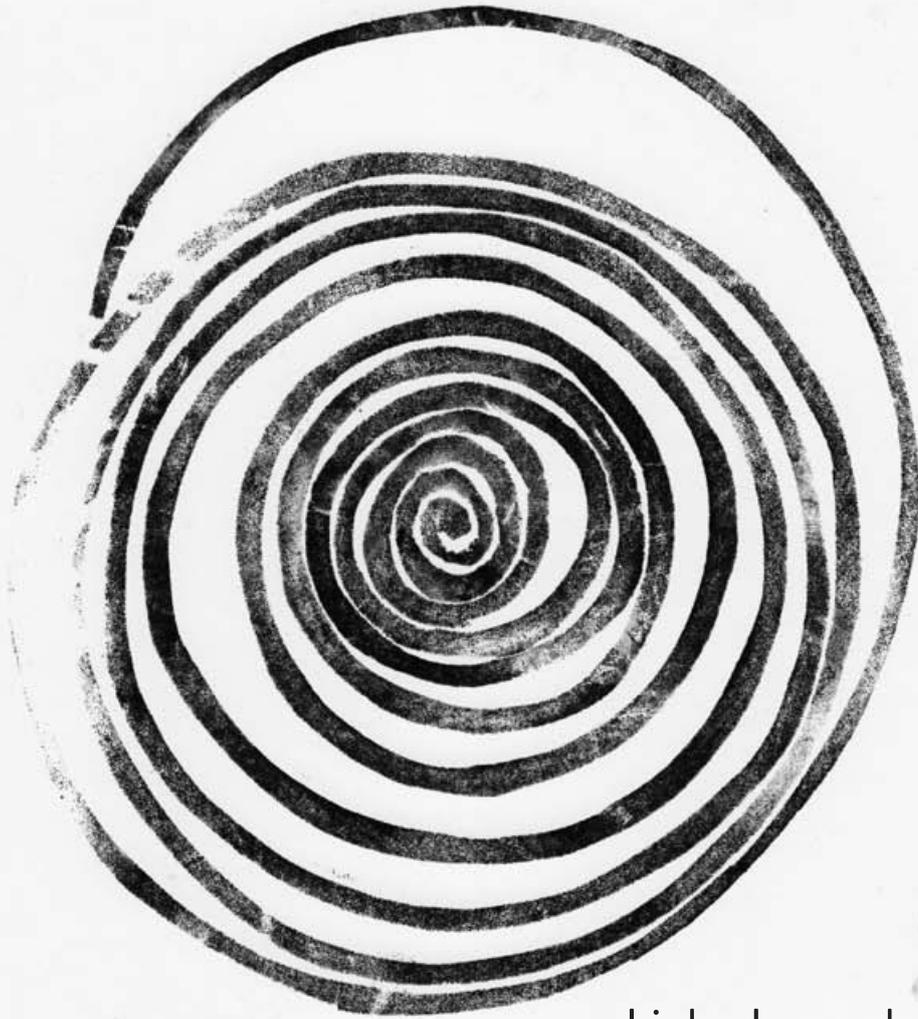
Warum die Uni kein  
Paralleluniversum ist

Vater Staat zu Mutter Markt / Bafög zu Stipendien  
Studien zu Werbebroschüren / Hochschulen zu Militärakademien  
Bücher zu Bomben / Studi-Cafés zu Mehrzweckbühnen

# Inhalt

---

- 4 VATER STAAT ZU MUTTER MARKTWIRTSCHAFT!  
Der Staat zieht sich zurück? Eine Gegenrede
- 6 BAFÖG ZU STIPENDIEN!  
Zur Politik von Bundesbildungsministerin Annette Schavan
- 10 STUDIEN ZU WERBEBROSCHÜREN  
Ein Kommentar zur 19. Sozialerhebung des Studentenwerks
- 12 HOCHSCHULEN ZU MILITÄRAKADEMIEN  
Immer mehr Hochschulen stellen sich  
in die Dienste militärischer Forschung
- 16 KURZMELDUNGEN
- 18 BÜCHER ZU BOMBEN!  
Der türkische Staat klagt die kritische  
Soziologin Pinar Selek als Terroristin an.
- 20 EDUCACION EN RESISTENCIA, ESA ES NUESTRA CIENCA!  
Das zapatastischen Bildungssystem in Chiapas, Mexiko
- 26 EIN ORT DER FREIHEIT?  
Die Universitäten in Südkurdistan sind nicht nur Räume  
des Lernes, sondern auch Orte der neugewonnenen Freiheit
- 28 HOCHSCHULGELD ZU GALADINNERN!  
Das FU-Büro in New York verschwendet Hunderttausende.
- 30 SEKTEN ZU STUDIENKREISEN!  
Den Holocaust wegatmen  
Die FU als Propagandaplatz für Sekten
- 34 KRITIKER ZU RENTNERN!  
Das neue FU-Präsidium nutzte die Gunst der Stunde und  
schickte den kritischen Prof. Hajo Funke in den Ruhestand
- 36 MITSPRACHERECHT ZU HAUSFRIEDENSBRUCH!  
Besetzungen und Proteste haben Konsequenzen:  
Polizeieinsätze auf dem Campus
- 40 STUDI-CAFÉS ZU MEHRZWECKBÜROS!  
Der studentische Freiraum am Geschichtsinstitut  
bleibt (räumungsbedroht): Histo-Café o muerte
- 
- 42 IN EIGENER SACHE  
Aus den ASTA-Referaten
- 44 ASTA-BERATUNGEN
- 47 IMPRESSUM
-



Liebe Lesende von heute,

»Schwerter zu Pflugscharen!« war vorgestern. »Freie Bildung für Alle!« ist auch nur von gestern. Die neuen Parolen kommen von Visionär\_innen wie Annette Schavan, der derzeitigen Bildungsministerin der BRD: »Demokratisch verfasste Gesellschaften brauchen Eliten.«

Klingt noch nicht so schmissig und hat auch kein Ausrufezeichen, haben wir uns gedacht und mal selbst ein wenig rumgesponnen. Aber wie ihr sehen könnt, nur mäßig erfolgreich, denn »Ewiggestrige« wie wir welche sind, können auch nicht über unsere Schatten springen.

Stattdessen rufen wir nach Vater Staat, wenn wir meinen, dass Mutter Marktwirtschaft unseren seltsamen Spielplatz Universität umbaut. Obwohl wir aus dem Kindsalter längst rausgewachsen sind und wissen müssten, dass Eltern immer unter eine Decke stecken. Also: Die neue Ausgabe mitnehmen, abends unter die Bettdecke kriechen, Taschenlampe nicht vergessen, heimlich lesen und aufpassen, dass euch Mama und Papa nicht erwischen.

In diesem Sinne:

»Kinderzimmer zu Baumhäusern!«  
Eure Redaktion

# Der Staat zieht sich zurück?

## Vater Staat zu Mutter Marktwirtschaft

Eine Gegenrede von Sebastian Schneider

**D**er Staat müsse wieder mehr Verantwortung übernehmen. Er ziehe sich zurück und lasse die Kräfte des Marktes agieren. Besser solle er die Freiheit der Forschung und Lehre garantieren, welche vom Markt korrumpiert würden. Diese Art oberflächlicher Analyse und Kritik, in der Staat und Markt als grundsätzliche Kontrahenten gesehen werden, wird gern und häufig im Zusammenhang mit Universitäten und Bildungspolitik formuliert und ist ein Klassiker im Bildungstreik. Sie entbehrt jedoch jeder Grundlage. Der Staat organisiert vielmehr die Konkurrenz zwischen Universitäten wie zwischen Studierenden. Er stellt ihre Marktförmigkeit künstlich her oder sichert sie. Drei Beispiele.

Beliebtes Beispiel für den staatsfernen Einfluss des Marktes auf die Hochschulen sind die Drittmittel. Vergleiche, wieviele Drittmittel im Verhältnis zum Grundetat in die Hochschulen fließen, sollen oft aufzeigen, wie stark der Markt über Wissenschaftsinhalte und Forschungsrichtungen bereits mitbestimmt. Größte Drittmittelgeberin ist jedoch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die wiederum nahezu vollständig ihre Gelder vom Staat erhält. Über die DFG lässt der Staat dabei Forschungsprojekte um bereitgestellte Drittmittel nach dem Leistungsprinzip konkurrieren. Gefördert werden dabei vor allem die Naturwissenschaften zur konkreten verwertbaren Nutzung von Forschungsergebnissen. Gleichzeitig führt diese Vergabeart zur Unterstützung bereits gut ausfinanzierter und

damit forschungsstarker Hochschulen nach dem »Matthäus-Prinzip«: »Wer hat, dem wird gegeben«. Mitnichten findet hier also ein Ausgleich als schädlich empfundener marktwirtschaftlicher Einflüsse mit seinen polarisierenden Effekten statt, vielmehr sorgt der Staat für ein marktähnliches und marktverträgliches System der Mittelverteilung. Dies wurde programmatisch noch ausgeweitet durch die sozialdemokratisch-grüne Bundesregierung im Rahmen der Exzellenzinitiative.

Ganze Hochschulen wurden mit zu erstellenden Zukunftskonzepten in eine künstliche Konkurrenz um außerplanmäßige Gelder geführt mit dem Ziel, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Von Staatsseite gekürt wurden Elite-Universitäten mit so vielsagenden Konzepttiteln wie »TUM. The Entrepreneurial University« oder »LMUexcellent: Working brains, Networking minds, Living knowledge«. Mit Erfolgen konnten diejenigen Hochschulen rechnen, die ihre internen Entscheidungsstrukturen zentralisierten und Managementkonzepten anpassten. Die Angleichung von Hochschulen an Wirtschaftsunternehmen wurde von Staatsseite geplant, ebenso fand das Matthäus-Prinzip erneut Anwendung.

Diese Prozesse laufen weitgehend unabhängig von der jeweiligen Zusammensetzung der Landes- oder Bundesregierung, da die Gewährleistung der Marktwirtschaft Kernaufgabe des Staates ist. Profitschmälernde Umordnungen gibt es nur, wenn der Markt mit seinen

logisch notwendigen und inhärenten Ökologie- wie Kapitalkrisen droht, sich selbst zu zerstören, oder wenn die Ausgebeuteten sich radikal gegenorganisieren.

Die sozialdemokratisch-sozialistische Berliner Landesregierung geht nicht anders vor. Hochschulautonomie steht hoch im Kurs deutscher Wissenschafts-Diskurse, doch auch hier ist kein Rückzug des Staates zu beobachten. Die Handlungsweisen verschieben sich lediglich. Die direkte legislative Einflussnahme, das trockene Gesetz, weicht einer Politik der Anreize, die über Geldströme das erwünschte Verhalten erreicht und so auch wieder staatsgemacht einen Markt simuliert. War es bis in die späten 90er noch üblich, dass der Senat den Hochschulen schlichte Summen nach Schlüsselrechnungen zukommen ließ, welche entlang von Paragraphen verwendet werden konnten, kam der Berliner Senat 1997 auf die Idee, Verträge mit den Hochschulen abzuschließen. Dass es für Verträge eigentlich eine gewisse Gleichberechtigung der Verhandlungspartner\_innen braucht, schien nie wirklich zu stören. An der Absurdität der Vorstellung ändert das nichts – wird Innensenator Körting bald Verträge mit den Polizeibehörden abschließen?

1998 kam die Erprobungsklausel, welche über 70 zentrale Paragraphen des Berliner Hochschulgesetzes außer Kraft setzte, um neue Modelle hochschulinterner Leitung zu erproben. 2002 wurden die Hochschulverträge um die

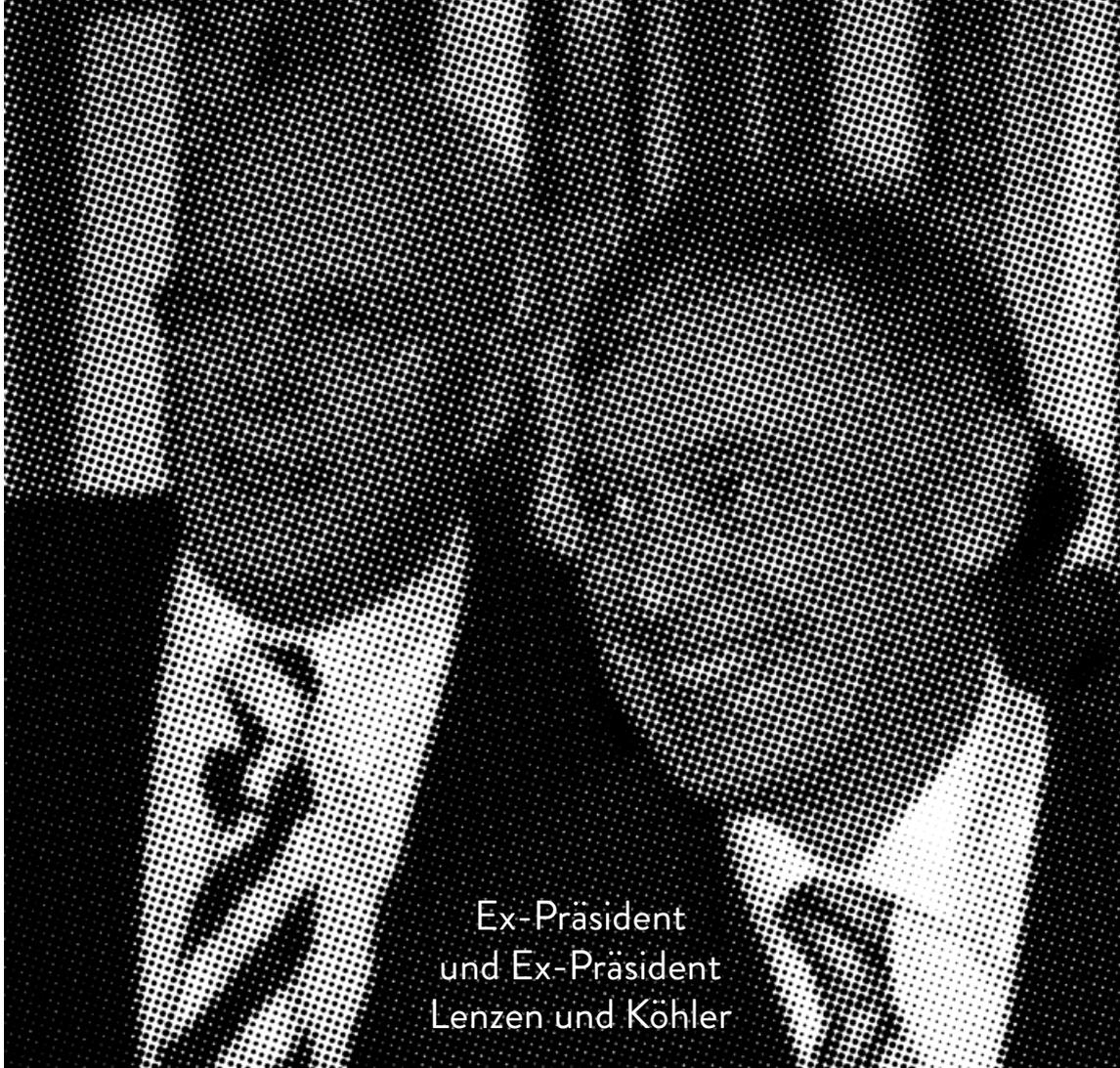


Foto: Björn Kietzmann

## Ex-Präsident und Ex-Präsident Lenzen und Köhler

sogenannte «Leistungsbezogene Mittelvergabe» erweitert. Fortan gab es einen Basisset und einen zusätzliches Drittel des Gesamtetats, um welche die Hochschulen konkurrieren sollten. Der Senat erklärte allgemeine Ziele, wie etwa Erhöhung der Abschlüsse in Regelstudienzeit oder Erhöhung der Drittmitteleinwerbung. Wer das am besten machte, bekam von dem Extrakuchen ein besonders großes Stück. Was sich hier über die Jahrtausendwende geändert hat, ist nichts weiter als ein paradigmatischer Wandel im Verhältnis von Universität, Staat und Markt.

Gegenwärtig schreitet Wissenschaftssenator Zöllner auf diesem Feld weiter voran und lässt auf die «Leistungsbezogene Mittelvergabe» das sogenannte Preismodell folgen – eine nicht nur begriffliche Radikalisierung. Zukünftig sollen nun zwei Drittel der Gelder einer Hochschule über Leistungsorientierung eingeworben werden. Leistung müsse sich wieder lohnen, kommentierte Zöllner das. Der Staat schließt also Verträge mit Hochschulen, nennt klare erwartete Ergebnisse und bezahlt sie je nach erbrachter Leistung

bei gleichzeitiger Suspendierung weiterer Teile des Berliner Hochschulgesetzes. Auch im rot-roten Berlin simuliert die Regierung den Markt im öffentlichen Sektor. Von Rückzug des Staates kann dabei nicht gesprochen werden.

Auf Ebene der Studierenden sorgt der Staat durch den Bologna-Prozess für eine Verschärfung der Konkurrenzbedingungen. Auf einem nun europaweit vergleichbaren Feld von Bachelor-Abschlüssen erkämpfen sich nur die leistungsstärksten Absolvent\_innen das Recht, so lange studieren zu dürfen, wie es vorher alle Studierenden in der BRD durften. Die Bundesregierung baut in direkter Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen auf den Ausbau von Stipendienprogrammen und brüskiert wird darauf hingewiesen, dass diese Stipendien im Hinblick auf das BaföG einen sozialen Rückschritt darstellen.

Die Chancengleichheit, das sozialdemokratische Schlagwort in der Bildungsdebatte schlechthin, leide darunter, dass Kinder aus dem Bildungsbürgertum strukturell bevorzugt würden. Soweit so stimmig. Unbeachtet bleibt dabei jedoch, worin diese Chancen-

gleichheit liegt. Sie besagt nichts weiter, als dass Selektion in Ordnung ist, solange sie nur für alle fair und gleichermaßen zugeht.

Chancengleichheit heißt die Chancengleichheit in der Konkurrenz. Kritisiert wird nur dort, wo es in der Spitze zu einer standesimmanente Reproduktion kommt. Für »die vollständige Entfaltung des Konkurrenzsubjekts« (Freerk Huisken) und die faire Herausbildung einer Elite unabhängig von der gesellschaftlichen Schicht der Eltern streiten Linkspartei, Grüne und Sozialdemokratie - für die Standesreproduktion die Konservativen und Liberalen. Gegen die Marktförmigkeit selbst hat niemand etwas. Im Gegenteil: sie wird organisiert und sichergestellt.

Wer den Markt kritisiert, darf vom Staat nicht schweigen. Er kann nicht verstanden werden als Kontrahent des Marktes sondern als sein Garant. Substantielle Veränderungen wird es nicht durch Bittstellungen oder Forderungen geben, sondern nur in der Reaktion des Garanten auf radikale Absagen und Gegenorganisationen. Dann macht Streiken auch wieder Spaß.

A detailed pencil sketch of a woman with short, wavy hair, wearing glasses and a collared shirt. The drawing is rendered in a realistic style with fine lines and shading.

BAFÖG

ZU STIPENDIEN

ZUR POLITIK VON

ANNETTE SCHAVAN



## Von Yvonne Henning

Annette Schavan stammt aus einer gutbürgerlichen Familie. Schon früh sah sie für sich eine akademische Zukunft und ihre Chance auf Karriere: Sie wollte Lehrerin werden, machte ihr Abitur am Gymnasium und studierte zielgerichtet Erziehungswissenschaften, Philosophie und katholische Theologie. Danach promovierte sie mit 25 Jahren zum Dr. phil. an der Universität Düsseldorf. Sie selbst behauptet, dass sie sich in dieser Zeit über Bafög, ein bisschen Jobben in den Ferien und (vor allem) über ihre Eltern finanzierte. Allerdings hatte sie »als Studentin den Ehrgeiz, meinen Eltern nicht zu sehr auf der Tasche zu liegen.«<sup>2</sup> Also erhielt sie außerdem ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung, eines der größten sogenannten Begabtenförderungswerke der BRD.

Entscheidendes Kriterium schon zum Zeitpunkt der Bewerbung ist laut Eigendarstellung neben Engagement vor allem »exzellente Leistung«, Ziel ist die »Herausbildung zukünftiger Führungskräfte und Leistungseliten.«<sup>3</sup> In Schavans Fall hat dieses Konzept gut funktioniert, befindet sie sich doch nach einer geradlinigen Karriere ohne (soziale oder finanzielle) Holpersteine nun in der Regierungsspitze der BRD und pflegt auch sonst einen gehobenen Lebensstil: Sie hat »Spaß an Mode und moderner, abstrakter Kunst. Die belesene Katholikin ließ sich in einer Altbauwohnung in Berlin-Mitte nieder, bezeichnete aber auch Nußdorf am Bodensee, wo sie eine weitere Wohnung unterhält, als ihre Heimat.«<sup>4</sup>

Politisch hat sich Frau Schavan in den letzten Jahren vor allem im Hochschulsystem hervorgetan: Sie steht für Exzellenz, wünscht sich noch mehr Elite-Universitäten, die mit Milliarden-

geldern ausgewählte, wirtschaftsnahere Forschung betreiben. Weitere drei Milliarden Euro sollen allein bis 2013 fließen, um den Hochschulstandort Deutschland für Investoren attraktiver zu machen. So schreitet die viel kritisierte Ökonomisierung der Uni durch Drittmitteleintreibung, Konkurrenz, Qualitätsmanagement etc. immer weiter fort. Viele Wissenschaftler\_innen ziehen sich von der Lehre in die Exzellenz zurück, andere sind überlastet oder sehen sich prekären, unsicheren Arbeitsverhältnissen ausgeliefert.

Zudem erweist sich der seit zehn Jahren andauernde, von Annette Schavan vehement verteidigte Bologna-Prozess, besonders die Einführung des Bachelor-Master-Systems, als Desaster. Selbst in der Politik wird die Frage nach einem Scheitern der Reform laut, die nicht nur ihre eigenen Ziele von höherer Mobilität, sinkenden Abbrecherquoten und internationaler Anerkennung verfehlt hat, sondern auch auf den Widerstand vieler engagierter Studierender bundesweit trifft. Seit dem Sommersemester 2009 rufen sie im Rahmen des Bildungsstreiks zu vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen für freie und sozial gerechte Bildung und gegen deren Ökonomisierung, Verschulung und Bürokratisierung auf.

Annette Schavan beharrt jedoch auf ihrer Politik und begegnet den Studierenden hauptsächlich mit Ignoranz, beinahe scheint es als wolle sie die Proteste noch anfachen, wenn sie bei Anne Will verkündet, die Studierendenproteste seien gestrig, Studiengebühren außerdem gerecht. Jeder könne sie sich leisten.<sup>5</sup> Schließlich wünscht sie sich eine Stärkung des Bildungsbürgertums, das durch das sogenannte Bildungssparen – so stellt es sich die Ministerin vor – in die Bildung ihrer Kinder investieren soll.

Ein fragwürdiges Konzept, bei dem vor allem sozial schwache Gesellschaftsschichten verlieren würden, die es sich nicht leisten können durchschnittlich 55 000 Euro für ein zwölfsemestriges Studium, 46 000 Euro für zehn Semester oder immer noch 28 000 Euro für einen Bachelor anzusparen, pro Kind und exklusive Studiengebühren.<sup>6</sup> Die Eltern, denen die oder der Studierende so ungerne auf der Tasche liegt, sollen nach Schavan also tief in den Geldbeutel greifen.

Dass ihre Politik finanziell und sozial Schwächere benachteiligt, streitet Schavan bekanntlich ab. Peinlich wurde es 2008, als die von Schavan unter Verschluss gehaltene, weil unbequeme Studie des Hochschulforschungsinstituts (HIS) an die Öffentlichkeit gelangte und belegte, dass Studiengebühren sehr wohl einen nennenswerten Teil der Studieninteressierten abschreckt. Vor allem sehen die Autor\_innen einen klaren Zusammenhang zwischen der abschreckenden Wirkung von Gebühren und der sozialen Herkunft: Kinder, die aus einem nicht-akademischen, sozial schlechter gestellten Haushalt kommen, verzichten doppelt so oft aufgrund von Gebühren auf ein Studium als Kinder aus Akademikerfamilien. Letztere Gruppe finanziert die Gebühren zu 81 Prozent durch ihre Eltern, Studierende aus nicht-akademischen Haushalten können diese während dessen nur zu 60 Prozent vom Geld ihrer Eltern bezahlen.<sup>7</sup>

Studiengebühren schleifen also die soziale Schere, doch Schavan verweist monoton immer wieder auf die Existenz des Bafögs zur Förderung bedürftiger Studierender- absurderweise wollte sie es noch 2005 zugunsten von Bildungskrediten ganz abschaffen.<sup>8</sup> Mit dem Bafög hängt auch ihr neuester Coup zusammen: Die zum Oktober 2010 an-

gekündigte Bafög-Erhöpfung, die auch der Bildungsstreik unlängst forderte, zu dem sie ja bekanntermaßen ein eher kühles Verhältnis pflegt. So war ihre Reaktion zunächst auch eine scharfe Ablehnung, die sie mit dem zehnpromzentigen Bafögzuschlag sowie der Anhebung der Elternfreibeträge um acht Prozent im Oktober 2008 begründete. Diese Erhöhung klingt eindrucksvoll, allerdings kam sie nur durch massiven öffentlichen Druck zustande. Der Erhöhung war eine siebenjährige Stagnation vorausgegangen, die dazu führte dass die Anzahl der Geförderten rapide abgesunken sind und der Förderungsbetrag durch steigende Lebenskosten und Inflation längst nicht mehr ausreicht. Auch mit der Erhöhung von 2008 kann (ohne Einbezug der Studiengebühren) lediglich das Förderniveau von 2002 erreicht werden.<sup>9</sup>

Mit dieser langen Durststrecke verstößt das Bafög zugleich regelmäßig gegen seine eigenen Vorgaben in §35 BAföG, nach dem die Bedarfssätze, Freibeträge etc. »alle zwei Jahre zu überprüfen« und unter Berücksichtigung der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Einkommensverhältnisse »gegebenenfalls neu festzusetzen« sind. »Die Bundesregierung hat hierüber dem

ten und Studienanfänger\_innen wird immer größer.

Der Grund für den Rückgang der geförderten Studierenden liegt u.a. auch bei den zu niedrigen Bafög-Freibeträgen. Viele Eltern aus der Mittelschicht verdienen gerade zuviel und liegen knapp über dem Freibetrag, können aber ein Studium ihres Kindes kaum finanzieren. Auch findet die reale Situation der Eltern gar keinen Eingang in die Bafög-Berechnung, nur das (positive) Einkommen wird erhoben, Vermögen (also auch Negativwerte wie Schulden, Kredite etc.) bleiben unberücksichtigt. Insgesamt betrug die Gefördertenquote bei Studierenden 2008 (anstatt der vom Deutschen Studentenwerk angestrebten Quote von 40 Prozent) lediglich 17,4 Prozent, von denen auch noch etwa die Hälfte lediglich eine Teilförderung erhielt.<sup>10</sup>

Wenn Schavan so tut, als wären sozial benachteiligte Studieninteressierte und schon Studierende doch ohnehin durch das Bafög abgesichert, verschweigt sie also, dass auch dieses noch vielfältige Ausschlussmechanismen besitzt. Neben Alter, Staatsangehörigkeit und Studiendauer und damit indirekt auch Leistung<sup>11</sup> usw. sucht das Bafög-

desregierung will zum 1. Oktober 2010 das Bafög nur minimal erhöhen und gleichzeitig ein sehr umstrittenes »nationales Stipendiensystem« für besonders leistungsstarke Studierende einführen, das sonst wohl kaum eine Chance gehabt hätte, im Bundesrat bestätigt zu werden. Die Länder-Kultusminister hatten sich bereits Mitte Oktober 2009 geschlossen für eine BAföG-Erhöpfung ausgesprochen, das Stipendien-Modell ist hingegen bei den (v.a. SPD-regierten) Ländern sehr umstritten.

450 Millionen Euro für Stipendien für besonders begabte Studierende soll es geben. Irgendwann, so das langfristige Ziel, sollen zehn Prozent der »deutschen Studierenden« mit besonders guten Leistungen ein Stipendium von 300 Euro pro Monat erhalten, unabhängig vom Einkommen der Eltern und, im Gegensatz zur bisherigen Regelungen zu Stipendien, die Doppeltförderung eher ausschließt, zusätzlich zum Bafög. Die Hälfte des Stipendienprogramms sollen Bund und Länder gemeinsam aufbringen, sofern die Länder mitmachen. Die andere Hälfte soll von »privaten Förderern« vor allem aus Unternehmen und Wirtschaft fließen. Das die plötzlich ihr Herz für Studierende entdecken werden,

## „In Demokratisch verfassten Gesellschaften werden Eliten gebraucht“

Deutschen Bundestag und dem Bundesrat zu berichten.« Offensichtlich war die Regierung jedoch zu sehr mit der Einführung von Studiengebühren und der Ökonomisierung der Hochschulen beschäftigt.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) hat eine lange und wechselvolle Geschichte hinter sich. Mit seiner Einführung ging die Öffnung der Hochschulen für alle gesellschaftlichen Schichten einher. Von diesen Ansätzen sozialer Gerechtigkeit im Bildungssystem ist man inzwischen wieder weit entfernt, das Bafög fördert prozentual gesehen nur noch wenige. Chancengleichheit ist somit im Hochschulwesen nicht erreicht worden. Die Differenz zwischen potenziell Studienberechtig-

Amt bei jedem Antrag zunächst nach privaten Finanziers in der Familie, die dem Studierenden Unterhalt bezahlen sollen, egal ob sie dies wirklich können oder wollen.

Annette Schavan jedoch, die nicht gerade als Freundin des Bafögs bekannt und somit wohl nicht unbeteiligt an dieser Entwicklung ist, machte innerhalb von zwei Wochen eine völlige Kehrtwende und verkündete plötzlich, nachdem sie eine Bafög-Erhöpfung zuvor gegenüber dem »Handelsblatt« noch vollkommen ausgeschlossen hatte: »Ich halte eine Bafög-Erhöpfung für richtig [...]«<sup>12</sup> Die oder der clevere Studierende fragt sich an dieser Stelle zu Recht, was hinter diesem vorgeblichen Sinneswandel steckt. Die Antwort ist einfach: Die Bun-

ist zu bezweifeln und die Gefahr ist groß, dass sie (wie bisher) sowieso höchstens Studierende bestimmter wirtschaftsnaher Fächer und das oftmals unter fragwürdigen Bedingungen (z.B. die Zusage, dass sie anschließend für mehrere Jahre für ihren Stipendienggeber arbeiten müssen) fördern werden.

So ganz einfach ist es also nicht nachzuvollziehen, dass die Stipendien 280 Millionen Euro mehr kosten werden, für das Bafög hingegen Minder Ausgaben von 51 Millionen Euro eingeplant sind. Angedacht ist lediglich eine Erhöhung des Bafög-Förderungssatzes um zwei Prozent sowie die gleichzeitige Anhebung der Elternfreibeträge um 3 Prozent. Für den Bafög-beziehenden Studierenden bedeutet das real eine

durchschnittliche und durchaus lächerlich zu nennende Erhöhung von monatlich 13 Euro. Mit dem Geld für Schavans Stipendienprogramm für besonders begabte Studierende könnte man das Bafög, das dafür sorgen sollte, dass jeder und jedem unabhängig vom Einkommen sowie sozialem und finanziellen

Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks). »Denn sie sind nur für eine nach politisch bestimmten Kriterien definierte Minderheit gedacht und daher stets selektiv. Selbst, sollte, was kaum je der Fall ist, das angelegte Vergabekriterium jenes der finanziellen Bedürftigkeit respektive des

voneinander getrennt gedacht werden, ebenso wie privates und politisches oftmals schwer zu trennen ist.

Im Fall Schavan wird klar: Sie will Privilegierte fördern, wie sie sie selbst verkörpert. Ihr Programm lautet: Studiengebühren für alle, Stipendien nur für eine kleine Elite.

## Der Mythos von der Chancengleichheit vernebelt den Blick auf die reale gesellschaftliche Situation

Stand die Möglichkeit des Studierens offen steht, um merkbare zehn Prozent anheben. Obwohl die Bundesregierung erklärt, die Stipendien würden nicht zu Lasten des Bafög gehen und betont, die Stipendien seien neben dem Bafög ein weiteres Mittel zur Studienfinanzierung, wird klar, dass sie andererseits auch keinen Beitrag zur sozialen Öffnung der Hochschulen leisten werden. Die minimale Bafög-Erhöhung ist lediglich taktisches Durckmittel, um eine fragwürdige Elitförderung durchzusetzen, die (wie Stipendien allgemein) ein Instrument für wenige ist, die meist ohnehin dem Bildungsbürgertum entstammten, anstatt jenen die es wirklich brauchten.

Nur zwei Prozent von etwa zwei Millionen Studierenden, erhalten finanzielle Hilfe beim Studium, vor allem von den großen Begabtenförderungswerken von Parteien, Wirtschaft und Kirchen sowie einer Reihe kleinerer Stiftungen. Davon stammt ein großer Teil der wenigen Stipendientragenden ohnehin aus Familien mit hohem Einkommen. Studierende aus wohlhabenden Elternhäusern erhalten laut einer Studie der Uni Konstanz mit mehr als doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit ein Stipendium als jene aus bildungsferneren Schichten, die es brauchen könnten.<sup>13</sup>

Schon in OUT OF DAHLEM 7 (2008) wurde aufschlussreich dargelegt, dass Stipendien in ihrer momentanen Form ein grundsätzliches Problem mit sich bringen: Sie verschärfen die soziale Ungleichheit und bauen sie nicht etwa ab (vgl. hierzu insbesondere auch die

Nachteilsausgleiches sein, lassen Stipendien bei gleichzeitigem Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung die Bedürftigkeit der nicht geförderten Mehrheit außer Acht.« Das immer wieder von Schavan betonte Vergabekriterium der »Leistung« selbst ist von der sozialen Herkunft determiniert. Denn selbst »unter der ›Leistungselite‹ der Studierenden (Notenschnitt 1,0 bis 1,4) erhalten nur sieben Prozent der Studierenden aus Arbeiterfamilien, sehr wohl aber 14 Prozent, also doppelt so viele der Studierenden mit Akademikerelternhaus ein Stipendium.«<sup>14</sup>

Solche sozial bedingten Unterschiede manifestieren sich jedoch schon sehr viel früher: Ein Akademikerkind lernt aufgrund seines Herkunftsvorteiles in der Regel besser und leistet leichter mehr als ein Arbeiterkind. Der PISA-Erweiterungsstudie für Deutschland zufolge ist die relative Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs für ein Akademikerkind in Deutschland 6,9 mal so hoch wie jene eines Arbeiterkindes. Und selbst bei gleicher individueller Lese- und Mathematikkompetenz beträgt dieses Verhältnis noch vier zu eins.<sup>15</sup>

Der Mythos von der »Chancengleichheit«, den nicht zuletzt die Bundesregierung verbreitet, vernebelt den Blick auf die reale soziale und gesellschaftliche Situation, die uns ein anderes Bild zeigt. Ein scheinbares »Gleichmachen« von Leistungen steht im Widerspruch zur bestehenden sozialen Ungleichheit der zu Bildenden. Leistung und soziale Herkunft können nicht

---

1 Annette Schavan, Rede zur Eröffnung des Landesgymnasiums für Hochbegabte am 24.06.2005

2 [www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/ich-wuensche-mir-mehr-bildungsbuerger/1643880.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/ich-wuensche-mir-mehr-bildungsbuerger/1643880.html)

3 [www.kas.de/wf/de/42.8](http://www.kas.de/wf/de/42.8)

4 [www.gq-magazin.de/star-portraits/Annette+Schavan/0/1012.html](http://www.gq-magazin.de/star-portraits/Annette+Schavan/0/1012.html)

5 Sendung vom 22.11.2009

6 Eine Berechnung des Deutschen Studentenwerks, Stand: 11.04.2008

7 [www.taz.de/1/zukunft/wissen/artikel/1/schavan-will-es-nicht-wahrhaben](http://www.taz.de/1/zukunft/wissen/artikel/1/schavan-will-es-nicht-wahrhaben)

8 [www.tagesschau.de/inland/schavan136.html](http://www.tagesschau.de/inland/schavan136.html)

9 [www.bildung-news.com/news/panorama/die-bafog-erhoehung-lasst-auf-sich-warten](http://www.bildung-news.com/news/panorama/die-bafog-erhoehung-lasst-auf-sich-warten)

10 [www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/geschichte.php](http://www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/geschichte.php)

11 Nach der Zwischenprüfung, beim Bachelor i.d.R. nach dem 4. Fachsemester muss nach §48 BAföG das Formblatt 5, der sog. Leistungsnachweis eingereicht werden, das bestätigt, dass man sich in der Regelstudienzeit befindet. Kann man dies nicht, wird in der Regel die Förderung plötzlich gestoppt.

12 [www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,662422,00.html](http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,662422,00.html)

13 Studierendensurvey 1983-2004, AG Hochschulforschung, Uni Konstanz

14 [www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/art-647-stipendienkritik.php](http://www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/art-647-stipendienkritik.php)

15 Vgl. [www.studis-online.de/HoPo/Hintergrund/pisa\\_chancenungerechtigkeit.php](http://www.studis-online.de/HoPo/Hintergrund/pisa_chancenungerechtigkeit.php)

# MIT DEM BACHELOR IST ALLES

# O.K.<sup>1</sup>

Ein Kommentar zur  
19. Sozialerhebung  
des Studentenwerks

# HOER AUF ZU JAMMERN!

von Kai Krüger

Die 19. Sozialerhebung des Studentenwerks ist deshalb besonders interessant, weil zum ersten Mal eine große Anzahl von Studierenden, die Studiengebühren bezahlen müssen, befragt wurde. Des Weiteren konnten, ebenfalls zum ersten Mal, die Auswirkungen des Bachelors untersucht werden, da es hier nun eine ausreichende Anzahl von Studierenden gibt. Grund genug, diese beiden Punkte mal unter die Lupe zu nehmen. Ergänzt werden diese Aspekte durch eine Betrachtung der Zahlen und der daraus resultierenden Diskurse bezüglich der sozialen Selektion durch die Hochschule. Letzteres wird oft unter dem Titel »Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten«<sup>2</sup> im Bildungssektor diskutiert.

In den Studierendenprotesten des letzten Wintersemesters wurde sehr häufig die zu hohe Arbeitsbelastung im Bachelor thematisiert. Durch die 19. Sozialerhebung fühlen sich nun die Befürworter des neuen Studiengangs bestätigt, da »Bachelor-Studierende mit dieser zeitlichen Belastung (43 Stunden/

Woche, Anm.: K.K.) im Mittelfeld, hinter den alten Studiengängen, die mit dem Staatsexam oder dem Diplom abschließen«<sup>[3]</sup> liegen würden. Auch die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Prof. Dr. Margret Wintermantel, zieht eine positive Bilanz aus der Studie, da »die pauschale Klage über einen übergroßen Lernaufwand (...) durch die Sozialerhebung nicht gestützt« werde.<sup>4</sup>

Wenn man sich die Studie mal genauer anschaut, wird schnell deutlich, dass hier ausschließlich die Informationen heraus gesucht wurden, die den Bachelor schön reden sollen. In der Grafik, auf die sich die oben genannte Feststellung stützt, ist deutlich sichtbar, dass Staatsexamstudierende (wichtig: jedoch ohne Lehramt) die höchste Arbeitsbelastung haben.<sup>5</sup> Dies ist jedoch gar kein Studiengang, der jetzt mit dem Bachelor verglichen werden kann, denn hiermit gemeint sind Personen, die Jura oder Medizin studieren. Nur das Lehramtsstaatsexam wurde in einen Bachelor/ Master umgewandelt, so dass diese Werte aus der Grafik verglichen werden müssten. Wird nun die reine Studienzeit verglichen, also Erwerbstätigkeit ausgeschlossen, belegen Bachelor/ Master mit

37 Wochenstunden durchschnittlich, geschlossen die Spitzenpositionen.

So pauschal, um den Terminus von Frau Wintermantel zu benutzen, sind die Klagen der Studierenden auch gar nicht. Denn oftmals wurde die hohe Belastung durch Pflichtveranstaltungen<sup>6</sup> beklagt. Aus der Grafik wird nämlich ebenfalls deutlich, dass sich die Anzahl der Lehrveranstaltungen in Bachelor/ Master um vier bis sechs Stunden pro Woche (!) erhöht hat.

Es zeigt sich eine deutliche Verschiebung vom »Selbststudium« zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen. Der Terminus Selbststudium ist allerdings ein bisschen irreführend, denn gemeint ist hiermit schließlich die verpflichtende Vorbereitung, z. B. auf Seminare oder auch das Lernen für Klausuren. Trotz allem kann der/ die Student\_in hierbei, natürlich nur in einem gewissen Rahmen, entscheiden, wie viel Zeit wann für Texte bzw. Übungsaufgaben investiert wird. Auf einen potenziellen Fehler macht die Studie aufmerksam, jedoch wird ein anderer nicht beachtet. So wird auf der einen Seite bemerkt, dass die Studierenden des Diploms und Staatsexamens (Lehramt) zumeist in höheren

Semestern sind, wo die Anzahl der Arbeitsstunden geringer ist.<sup>7</sup>

Auf der anderen Seite wird jedoch nicht darauf hingewiesen, dass gerade die Personen mit vielen wöchentlichen Pflichtveranstaltungen, die sich also ihre Zeit nicht selbst einteilen können, aufgrund der hohen Belastung vielleicht gar nicht an der Studie teilgenommen haben. Hierbei handelt es sich nicht um ein statistisch lösbares Problem, sondern um einen systematischen Fehler der genannt werden müsste. Dieser Aspekt ist außerdem noch sehr entscheidend bei einem anderen Ergebnis der Sozialerhebung. Es wurde hier festgestellt, dass »19 Prozent der Bachelor-Studierenden (...) die zeitliche Belastung während des Semesters als zu hoch« einstufen würden.<sup>8</sup> Meine These ist, dass dieser Wert aufgrund des eben genannten systematischen Fehlers zu niedrig ist.

Der zweite Aspekt, den ich anhand der Studie betrachten möchte, sind die Auswirkungen der Studiengebühren. Hierfür finden sich im Bericht des Studentenwerks einige Sätze, die sich anbieten, aus dem Kontext gerissen zu werden, um Studiengebühren zu rechtfertigen oder sie gar, wie Frau Wintermantel, als großartige Errungenschaft zu feiern. Die Präsidentin der HRK schreibt nämlich, dass diese »nicht zu einer Veränderung des Sozialgefüges oder zu Wanderungsbewegungen in gebührenfreie Länder« führen würden. Stattdessen seien die positiven Entwicklungen bei den Lernbedingungen zu loben, die die Studierenden an Hochschulen durch die Verwendung der Gelder spüren würden.<sup>9</sup>

Eigentlich hat sie mit dem ersten Punkt, laut Studie, sogar recht. Denn diejenigen, die durch Studiengebühren am meisten belastet werden, also Personen aus armen Familien, gehen aufgrund ihrer unsicheren Lage sowieso recht selten in eine andere Stadt. Somit »können (sie) gar nicht fliehen«<sup>10</sup>. Insgesamt betrachtet zeigt die Sozialerhebung, dass Studiengebühren für Menschen aus niedriger sozialer Herkunft eine bedeutende Belastung und eine weitere »Hürde« beim Universitätszugang darstellen.<sup>10</sup> Dieser Aspekt ist auch schon eine Überleitung zum nächsten Punkt, nämlich der so genannten »Chancengleichheit«.

Hierbei geht es um die Frage, inwieweit die soziale Herkunft ausschlag-

gebend für den Besuch der Hochschule ist. Das Ergebnis der Studie besagt, dass von 100 Kindern aus akademischen Familien 71 studieren würden, bei Nichtakademiker-Kindern seien es 24. Im Jahr 2005 habe das Verhältnis noch 83 zu 23 und 2003 stand 83 zu 26. Folglich ist das Resümee der Sozialerhebung zweiseitig. Auf der einen Seite sei die Bildungsbeilegung von Akademiker\_innen leicht zurückgegangen. Auf der anderen Seite ist, laut Studie, »die grundlegende soziale Selektion weiterhin erschreckend stabil«.<sup>11</sup>

Bei diesem Punkt, nämlich der Forderung nach »Chancengleichheit«, gibt es auch ungewohnte Einigkeit. Quer durch alle politischen Lager wird diese Ungerechtigkeit als gravierendes Problem erkannt. So schreibt auch die Präsidentin der HRK, dass »die soziale Selektivität des Bildungssystems nach wie vor ein großes Problem darstellt«.<sup>12</sup> Auch im Vorwort zur Sozialerhebung, welches von Annette Schavan und Rolf Dobischat unterschreiben ist, wird dieser Aspekt genannt und sogar ein Hinweis gegeben, warum es in diesem Punkt soviel Einigkeit gibt. Denn nur so »kann der erforderliche akademische Fachkräftebedarf für die Zukunft gesichert werden«.<sup>13</sup>

Natürlich ist die Aussage, dass die soziale Herkunft nicht ein Hindernis für bestimmte Dinge, die eine Person machen möchte, sein darf, erstmal begrü-

ßenswert. Jedoch ist die Art und Weise, wie die Diskussion darüber geführt wird, äußerst problematisch. Die häufigsten Argumente sind nämlich, dass Deutschland es sich nicht leisten könne, Talente ungenutzt zu lassen oder dass auch nur die Besten an die Hochschule kommen sollten, eben unabhängig von ihrer Herkunft.

Es soll ein fairer Konkurrenzkampf um die begehrten Plätze in der Gesellschaft, für die ja der Besuch der Universität eine Bedingung ist, stattfinden. Dies legitimiert einerseits Herrschaft von Menschen über andere Menschen und zeigt auch gleichzeitig auf, was die Universität in dieser Gesellschaft für eine Funktion hat: den Bildungsbetrieb ist also nicht etwa ein Ort, an dem die Emanzipation des Individuums oder der Gesellschaft im Vordergrund steht, sondern vielmehr geht es darum, dass sich die jungen Menschen durch Bildung einen höheren Marktwert als die Konkurrenz zulegen und den Wirtschaftsstandort ihrer jeweiligen Nation voranzubringen, in dem sie um die oberen Plätze in der gesellschaftlichen Hierarchie konkurrieren.

Deshalb möchte ich der »Chancengleichheit« eine Absage erteilen, da der Begriff schon die Idee einer Auslese in sich trägt<sup>14</sup>, und für eine Öffnung der Hochschule für alle Menschen, die sich Wissen oder Fähigkeiten aneignen möchten, plädieren.

1 [www.studentenwerke.de/se/2010/Statement\\_Dobischat19SE.pdf](http://www.studentenwerke.de/se/2010/Statement_Dobischat19SE.pdf), S. 1, vom 28.5.2010

2 [www.jusos-kreis-dueren.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=36&Itemid=96](http://www.jusos-kreis-dueren.de/index.php?option=com_content&view=article&id=36&Itemid=96), vom 13.5.2010

3 [www.studentenwerke.de/se/2010/Statement\\_Dobischat19SE.pdf](http://www.studentenwerke.de/se/2010/Statement_Dobischat19SE.pdf), S. 3, vom 28.5.2010

4 [idw-online.de/pages/de/news365900](http://idw-online.de/pages/de/news365900), vom 13.5.2010

5 Vgl. Bild 4.3 aus: [www.studentenwerke.de/se/2010/Kurzfassung19SE.pdf](http://www.studentenwerke.de/se/2010/Kurzfassung19SE.pdf), S. 25 vom 28.5.2010

6 Eine Pflichtveranstaltung zeichnet sich nicht durch eine Anwesenheitskontrolle aus, sondern dadurch, dass sie für das Erreichen eines Studienziels wichtig oder sinnvoll ist.

7 [www.studentenwerke.de/se/2010/Kurzfassung19SE.pdf](http://www.studentenwerke.de/se/2010/Kurzfassung19SE.pdf), S. 25

vom 28.5.2010

8 [www.studentenwerke.de/se/2010/Statement\\_Dobischat19SE.pdf](http://www.studentenwerke.de/se/2010/Statement_Dobischat19SE.pdf), S. 3, vom 28.5.2010

9 [idw-online.de/pages/de/news365900](http://idw-online.de/pages/de/news365900), vom 13.5.2010

10 [www.studentenwerke.de/se/2010/Statement\\_Dobischat19SE.pdf](http://www.studentenwerke.de/se/2010/Statement_Dobischat19SE.pdf), S. 2, vom 28.5.2010

11 [www.studentenwerke.de/se/2010/Statement\\_Dobischat19SE.pdf](http://www.studentenwerke.de/se/2010/Statement_Dobischat19SE.pdf), S. 4, vom 28.5.2010

12 [idw-online.de/pages/de/news365900](http://idw-online.de/pages/de/news365900), vom 13.5.2010

13 [www.studentenwerke.de/se/2010/Kurzfassung19SE.pdf](http://www.studentenwerke.de/se/2010/Kurzfassung19SE.pdf), S.1, vom 28.5.2010

14 Mehr zu der Diskussion um diesen Begriff in: Helmut Heid: Chancen – im Bildungs- und Beschäftigungssystem. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 87, 1991, 8

Hochschulen zu  
Militärakademien

---

**IMMER MEHR  
HOCHSCHULEN  
STELLEN SICH IN  
DIE DIENSTE  
MILITÄERISCHER  
FORSCHUNG**

---

Von Michael Schulze von Glaßer

**D**eutschland führt wieder Krieg. In Afghanistan suchen Bundeswehr-Soldat\_innen Aufständische, vor der Küste Somalias jagt die Bundesmarine Pirat\_innen, nur zwei Beispiele. Über 7000 deutsche Soldat\_innen sind aktuell in 13 Militärmissionen rund um den Globus aktiv. Um die offensive Militärstrategie fortzuführen braucht die Bundeswehr neben dem parlamentarischen Mandat zweierlei: neue Rekrut\_innen und neue Technik. An Universitäten finden sie beides.

Allein 2008 gab die Bundesregierung 1,1 Milliarden Euro für die Rüstungsforschung aus. 27 Hochschulen betei-

ligt, die bei der Tübinger Informationsstelle Militarisierung erschien. So hatte beispielsweise der Akademische Senat der Technischen Universität Berlin 1991 beschlossen, dass »keine Aufträge oder Zuwendungen für rüstungsrelevante Forschungen entgegengenommen werden sollen«. Die Universität habe eine Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit, erklärte die Pressesprecherin der TU Kristina Zerges Anfang 2009. An der Vorgängereinrichtung der TU Berlin hatte bis 1945 in großem Maßstab Rüstungsforschung stattgefunden. »Wir haben die Zivilklausel aus ethischen Gründen eingeführt, vor Gericht hätte sie aber kaum Bestand«, meinte Zerges. »Doch bislang gab es noch kei-

Wehrtechnische Forschung ist aber nur ein Teil der militärischen Tätigkeit an Universitäten. Es geht auch oft darum Zustimmung in der Bevölkerung und dadurch neue Rekrut\_innen zu gewinnen, dazu wird Sozialforschung betrieben. An der FU Berlin beteiligte sich der Sonderforschungsbereich 700 an einer Auftragsstudie zum Thema Afghanistan. Zudem gibt es an der FU Projekte im Rahmen des Militärforschungsprogramms »Forschung für die zivile Sicherheit«. Nicht selten werden auch hochrangige Militärs an Universitäten geladen um dort zu referieren. So geschehen beispielsweise im Mai 2008 an der Universität Kassel. Zur Veranstaltung mit dem Titel »Kooperation Wissen-

## **RÜSTUNGSSCHMIEDE UNIVERSITÄT SOZIALFORSCHUNG FÜR FRISCHES BLUT**

gen sich an der bundeswehrrelevanten und wehrtechnischen Forschung. Die Kooperation von Rüstungsfirmen mit Hochschulen zielt vor allem auf technisches Wissen ab. Beispielsweise ist das Institut für Angewandte Festkörperphysik in Freiburg an der Entwicklung des neuen Bundeswehr-Transportflugzeugs Airbus A400M beteiligt. Die Universität Stuttgart unterhält seit April 2009 ein Partnerschaftsabkommen mit dem Unternehmen Eurocopter, einer Tochter des großen europäischen Rüstungskonzerns EADS, das neben zivilen auch Militärhubschrauber produziert. Ziel ist die Entwicklung neuer Rotorblätter und Hubschrauberstrukturen. Diese könnten dann beispielsweise für den neuen Bundeswehr-Transporthubschrauber NH-90 oder dem Kampfhubschrauber »Tiger« verwendet werden.

An einigen Universitäten verstößt die Rüstungsforschung auch gegen die eigene Satzung, weil dort aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs eine Friedensklausel verankert wurde, die wehrtechnische Forschung verbietet. Dies schreibt Sarah Nagel in ihrer Studie »Hochschulen forschen für den

nen Professor, der sich über die Vereinbarung hinweggesetzt hat.«

Das stimmt aber nicht. Aus einer Regierungsantwort auf eine kleine Bundestagsanfrage ging hervor, dass die TU Berlin schon seit Jahren Drittmittel vom Bundesverteidigungsministerium (BMVg) erhält. »Die Tatsache, dass sich die Kleine Anfrage nur auf den Zeitraum von 2000 bis 2008 bezieht und die TU bereits 2000 genannt wird, lässt befürchten, dass seit noch längerer Zeit für die BMVg geforscht wird als aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage ersichtlich wird«, schrieb der AStA der TU dazu. An der Berliner-Universität findet sowohl wehrtechnische als auch wehrmedizinische Forschung statt. Seit dem Jahr 2000 hat das Bundesverteidigungsministerium dafür mindestens 451 848 Euro gezahlt. Bei einer Anfrage dazu zeigte sich selbst der Rektor der Hochschule überrascht. »Der Fakt, dass der Universitätspräsident von der Studierendenschaft unterrichtet werden muss, wobei diese es wiederum zufällig aus dem Bundestag erfahren muss, spricht Bände über die Transparenz an der TU«, so der AStA der TU.

schaft und Wirtschaft« waren Vertreter des Militärbündnisses NATO und des Rüstungskonzerns EADS geladen.

Neben Einzelveranstaltungen und Projekten bietet die Bundeswehr auch einen ganzen Studiengang an einer zivilen Hochschule an: seit 2007 führt die Universität Potsdam gemeinsam mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr den Master-Studiengang »Military Studies« durch. In vier Semestern könne man die Themenfelder »Militär, Krieg und organisierte Gewalt studieren«, wirbt die Hochschule auf ihrer Website. Die Armee verspricht sich von der Kooperation neue Militärsoziolog\_innen und Historiker\_innen. Die Grundlage für den Studiengang ist eine »Vereinbarung über Zusammenarbeit und Kooperation«, die bereits im Oktober 2004 zwischen der Armee und der Universität Potsdam geschlossen wurde.

Eine weitere wichtige Rolle spielen auch die Jugendoffiziere der Bundeswehr, gut ausgebildete und rhetorisch geschulte, junge Soldat\_innen mit Führungserfahrung. Diese führen an Hochschulen meist mit Lehramtsstu-





Fotos: Andy Möbius

dent\_innen das Simulationsspiel »Politik & internationale Sicherheit« (Pol&iS) durch. Das mehrere Tage dauernde Brettspiel soll internationale Politik simulieren: die mindestens 30 Spieler\_innen schlüpfen beispielsweise in die Rolle von Staatschefs oder der Weltpresse. Im Spiel stehen verschiedene Bausteine zum Beispiel für die Wirtschaft oder das Militär zur Verfügung. Besonders letzterer ist, wie nicht anders bei einem Spiel der Bundeswehr zu erwarten, reichhaltig und reicht von Infanterie- und Panzerarmeen, über Luftflotten, Marinestreitkräfte, strategische Raketenverbände, strategische Bombergeschwader, Atom-U-Bootflotten bis hin zu atomaren und chemischen Waffen. Der Einsatz des Militärs zur Lösung politischer Konflikte soll den Teilnehmer\_innen als Normalität dargestellt werden. Zudem erhoffen sich die Jugendoffiziere durch den Einsatz an Universitäten enge Kontakte mit den Lehrer\_innen von morgen, damit diese die Jugendoffiziere dann für Vorträge oder das Pol&iS-Spiel in ihre Schulklassen holen.

Seit dem Wintersemester 2007/2008 fanden mindestens 24 Pol&iS-Simulationen mit insgesamt weit über 900 Teilnehmer\_innen in deutschen Hochschulen statt. Dabei trug die Bundeswehr pro Spiel Kosten in

Höhe von 2100 Euro – für die Teilnehmer\_innen war das Spiel kostenlos. Mit 18 Universitäten – darunter die Europäische Wirtschaftshochschule Berlin und die Universität der Künste Berlin – hätten die Jugendoffiziere darüber hinaus »erfreulich intensive Kooperationen«, wie sie es in ihrem Jahresbericht 2007 nennen. Diese reichen »von Pol&iS-Simulationen über einzelne Vorträge bis hin zu Vortragsreihen [...], Anfragen der Hochschulen/Universitäten sowie persönliche Kontakte zum Lehrkörper.«

Ein Beispiel für eine solch gelungene Kooperation zeigt ein Auszug aus dem Bericht des Bezirksjugendoffiziers Baden zu einer Veranstaltung mit der Internationalen Fachhochschule Karlsruhe: »Die Studenten konnten durch ihre Teilnahme in Form einer offenen Prüfungsleistung ECTS-Punkte (European Credit Transfer System-Punkte) erwerben. Dieses Pol&iS-Seminar ist nun fest in das Studienkonzept integriert und findet jedes Jahr im Mai statt.« Auch direkte Rekrutierungen mit Bundeswehr-Infoständen gibt es an verschiedenen Universitäten.

An vielen Hochschulen ist, wie der Fall der TU Berlin zeigt, weder den Studierenden noch den meisten Mitarbeiter\_innen bekannt, dass Militärforschung betrieben wird. Aufgrund

mangelnder Informationen regt sich nur selten Widerstand. Und wenn dann doch Studierende gegen das Militär an der Hochschule aktiv werden, haben sie es schwer: Ohne Drittmittel könne keine vernünftige Forschung betrieben werden, heißt es oft seitens der Hochschulleitungen. Zudem wird mit der Freiheit der Forschung argumentiert, die Militärforschung einschließen. An der Universität Kassel ließ sich der Rektor in einer Senatsitzung sogar dazu hinreißen mit Militärforschung, die Arbeitsplätze schaffe, zu argumentieren.

Hart erkämpfte Zivilklauseln sind, beispielweise an der Universität Tübingen, zudem oft nicht weitgehend genug und rechtlich nicht bindend. Solange die Thematik keiner breiten öffentlichen Debatte unterliegt, scheinen die Hochschulleitungen das Thema bundesweit zu ignorieren. Umso wichtiger ist es, das Thema der Militärforschung an Hochschulen in den Bildungsstreik zu tragen. Würde genug in Bildung investiert, wäre eine unabhängige und wirklich freie Forschung ohne Drittmittel möglich. Wer eine Demokratisierung des Bildungssystems und selbstbestimmtes Lernen anstrebt, muss sich gegen Rüstungsforschung an Hochschulen erheben, denn die Macht von Waffen widerspricht diesem Streben.

# Kurzmeldungen

## Studentische Initiative Käfigfreie Mensa erfolgreich: Berliner Mensen stellen von Käfig- auf Bio-Eier um

Bereits Ende letzten Jahres gründete sich die Initiative *Käfigfreie Mensa Berlin*, um sich gegen Produkte aus Käfighaltung in den Cafeterien und Mensen des Berliner Studentenwerks einzusetzen. Aktive Student\_innen führten mit der Unterstützung des AStA FU und der Albert-Schweizer-Stiftung eine Unterschriftensammlung für die Umstellung durch und traten mit den Vertreter\_innen des Studentenwerks in Kontakt, um ihr Anliegen darzustellen und sich für ein Umdenken stark zu machen. Bereits im März ließ das Studentenwerk verlauten, dass sämtliche Eier und Ei-Produkte auf Bio umgestellt werden und somit nicht weiter auf Produkte aus der grausamen Form der Volieren- oder Käfighaltung zurückgegriffen wird.

Dies zeigt, dass Tiere nicht einfach als Rohstoff eines Produktionsprozesses gesehen werden dürfen, sondern fühlende Lebewesen sind. Sicherlich ist dies nur ein erster Schritt, an den weitere Maßnahmen anknüpfen müssen. Erfreulich ist, dass das Studentenwerk dieses Thema schnell aufgriff und unkompliziert handhabte und somit zeigte, dass Produktionsbedingungen und Tierleid auch in Zukunft Themen für das Studentenwerk sein werden. Das Studen-

tenwerk Berlins ist mit ca. 50 Cafeterien und Mensen das größte ganz Deutschlands. Die Umstellung sollte als gutes Beispiel für ähnliche Einrichtungen und Organisationen dienen.

Es schien vorerst auch so, als ob die Eröffnung der *Veggie No. 1 Grüne Mensa*, als erster rein vegetarischen Mensa Deutschlands, auf dem Campus der FU für Sensibilität für den Umgang mit Tieren und ökologischen Anbaumethoden sprechen würde. Allerdings zeigte sich hier, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Das vegane Angebot ist nach wie vor katastrophal. Dabei sollte es doch kein Problem sein, in einer vegetarischen Mensa tierleidfreie Kost, also auf Basis rein pflanzlicher Produkte, anzubieten. Auch erhärtet sich der Eindruck, dass die *Veggie No. 1* eher ein Schritt in Richtung Schließung der Mensa I sein sollte. Das ökologische Label und das stark verringerte Angebot scheinen dem betreibenden Studentenwerk dabei sehr entgegenzukommen.

Anscheinend ist die umgestaltete Mensa so unzufriedenstellend, dass sich im Fachbereichsrat Wirtschaftswissenschaften durch alle Statusgruppen hinweg Protest über das mangelhafte Angebot regte.<sup>1</sup> Und so macht man eine gute und sinnvolle politische Idee, wie vegetarische und vegane Ernährung, nicht schmackhaft. Grüne Alternative

---

1 [fsiwiwiss.blogspot.de/2010/05/19/neues-vom-fachbereichsrat-dem-wichtigsten-gremium-des-fachbereichs/3](http://fsiwiwiss.blogspot.de/2010/05/19/neues-vom-fachbereichsrat-dem-wichtigsten-gremium-des-fachbereichs/3)

## Unterricht beim Verfassungsschutz

Ursprünglich sollte Tania Puschnerat auch in diesem Semester ein Seminar an der Universität Bochum halten, schließlich war sie dort schon länger Dozentin. »Geschichte des Anarchismus im 19. Jahrhundert« sollte die Veranstaltung heißen, und es wurde wahrscheinlich mit dem üblichen Publikum gerechnet. Das Seminar wurde dann abgesagt und wäre auch keine Meldung wert gewesen, wenn im Vorlesungsverzeichnis nicht ein Kölner Anschluss als Dienstnummer von Frau Puschnerat eingetragen gewesen wäre Und wer sie wählte, um etwa den Grund für den Ausfall herauszufinden, landete bei einer überraschten Sekretärin des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV).

Wer sich eben so alles für Anarchismus im 19. Jahrhundert interessiert oder, wahrscheinlich zutreffender: für die, die eben an einem solchen Seminar teilnehmen würden. Um das Bild zu vervollständigen ist die Dozentin

seit 2007 Pressesprecherin des BfV, publiziert im Jahrbuch für Extremismus und Demokratie von Uwe Backes und Eckhard Jesse und hat ihren Schwerpunkt auf die Themenfelder »Linksextremismus« und Islamismus gelegt. Passend dazu behandeln ihre Seminare vorwiegend die Geschichte der Linken und den sogenannten Linksextremismus. Wer sich also für eine einschlägige Karriere im Dienste der Verfassung prädestiniert fühlt, könnte hier gut aufgehoben sein. Zwar behauptet Art. 5 des Grundgesetzes nach wie vor dreist, Wissenschaft, Forschung und Lehre seien frei, aber schon der unmittelbar folgende Satz korrigiert das zum Glück: Diese Freiheit entbinde nicht von der Treue zur Verfassung. Vermutlich möchte der Verfassungsschutz nur sichergehen, dass das niemand vergisst.

---

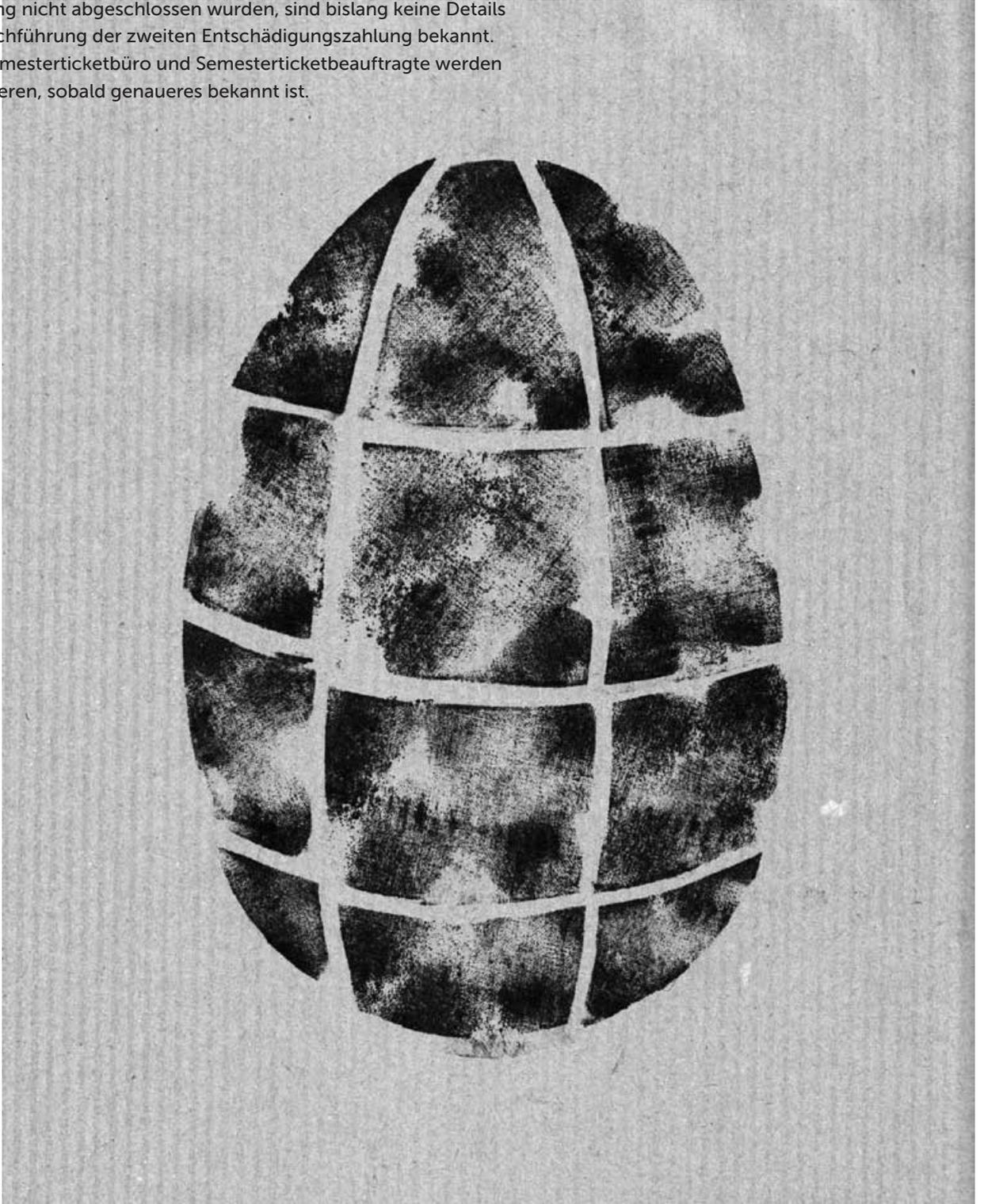
1 [www.ruhr-uni-bochum.de/sbr/kontakte/mitarbeiter/Publikationen/PubPuschneratJan10.pdf](http://www.ruhr-uni-bochum.de/sbr/kontakte/mitarbeiter/Publikationen/PubPuschneratJan10.pdf)

## S-Bahn Entschädigung: Zweite Runde

Die S-Bahn hat für die auch 2010 anhaltenden Einschränkungen im Berliner Nahverkehr eine weitere Entschädigung der Studierenden zugesagt.

Nachdem die Verschickung von Verrechnungsschecks in Höhe von 26,42 Euro für die Studierenden der FU als Entschädigung für das Verkehrschaos im vergangenen Jahr nahezu abgeschlossen ist, wird nun um die Entschädigung für 2010 gerungen. Diese wird sich voraussichtlich auf die Höhe von einem Drittel des Semesterticketpreises (etwa 52 Euro) belaufen. Da die Verhandlungen zwischen ASTa FU und S-Bahn bislang nicht abgeschlossen wurden, sind bislang keine Details über die Durchführung der zweiten Entschädigungszahlung bekannt.

ASTa, Semesterticketbüro und Semesterticketbeauftragte werden euch informieren, sobald genaueres bekannt ist.





PINAR SELEK

# Bücher zu Bomben

»Wenn ich wenigstens für die Dinge, die ich geschrieben habe, ins Gefängnis gegangen wäre!«

Diesen Satz hat Pinar Selek in den letzten Monaten oft gesagt. Seit sie vor einem Jahr aus der Türkei nach Deutschland zog, um nicht verhaftet zu werden, gibt die Soziologin ständig Interviews und sitzt auf Diskussionspodien.

Wegen ihrer Arbeiten zum kurdischen Widerstand, zur Situation von Transgender und zur Konstruktion von Männlichkeit in der Türkei muss sie sich dort seit 1998 gegen einen Prozess wehren, in dem ihr die Beteiligung an einem vermeintlichen Bombenanschlag vorgeworfen wird.

von Kathrin Hagemann  
und Hanna Gudenau

Pinar Selek ist Spezialistin für unter den Tisch gekehrte Themen, die eigentlich unter keinem Tisch Platz haben. Im Jahr 1996 werden die transsexuellen Bewohner\_innen einer Straße in Istanbuls Innenstadtbezirk Cihangir, die dort seit Jahren leben, von anderen Anwohner\_innen und der Polizei gewaltsam angegriffen und vertrieben. Innerhalb eines Jahres sterben 13 von ihnen. Pinar Selek, damals 25 Jahre alt und Soziologiestudentin an der Boğaziçi-Universität, schreibt eines ihrer ersten Bücher über diese Hassverbrechen. Welche sozialen Mechanismen und Zustände waren es, die zu den Gewaltausbrüchen gegen die, durch ihre sexuelle Identität und ihre (Sex-)Arbeit stigmatisierten, Nachbar\_innen führten? Eine Frage, die zu ignorieren eigentlich unmöglich sein sollte. Und doch wird es nicht gern gesehen, wenn jemand zu gründlich auf die Suche nach Antworten geht. Der Tisch wackelt wie wild, zu allen vier Seiten ragt Unbegreifliches heraus - aber es wird erklärt, das gehöre dazu zum Bankett.

Etwas später forscht Pinar Selek zum Widerstand in den kurdischen Gebieten der Türkei und greift somit das politisch explosivste Thema des Landes auf. »Ich wollte herausfinden, warum die Kurd\_innen in der Türkei die Gewalt als eine Widerstandsform gewählt hatten und wie sie das selbst interpretierten.« Sie macht eine Oral History-Recherche, führt 50 Interviews. Noch während der Arbeit wird sie festgenommen. Erst nach einem Monat in Untersuchungshaft erfährt sie aus dem Fernsehen, was ihr zur Last gelegt wird: Sie soll an der Planung eines Bombenanschlages im Istanbulener Gewürzbazar beteiligt gewesen sein.

Gutachten beweisen schon bald, dass die Explosion kein Anschlag, sondern ein durch eine Gasflasche verursachter Unfall war; trotzdem verbringt sie zweieinhalb Jahre in Haft. Ihr eigentliches Vergehen: die Interviews zum kurdischen Widerstand. »Gut, dass ich keine Namen aufgeschrieben hatte. Sie folterten mich, ich habe sie nicht herausgegeben. Schließlich bestrafte sie mich, indem sie meine Arbeit vernichteten.«

Nachdem sie 2000, für unschuldig befunden, aus der Haft entlassen wird, setzt Pinar Selek ihre Arbeit als Wissenschaftlerin, aber auch als Aktivistin in dem von ihr mitbegründeten feministischen Kollektiv Amargi, fort. Sie schreibt und forscht weiter zu den sozialen und politischen Zuständen, die sie als nicht natürlicherweise gegebene, sondern gewachsene und für einige Beteiligte

Arbeiten zieht. Obwohl sie häufig, aufgrund ihres Mutes und ihrer Hartnäckigkeit ikonisiert, im Rampenlicht steht, ist Pinar Selek keine Einzelkämpferin. Wissenschaftler\_innen vieler Universitäten fordern die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Situation der kurdischen Bevölkerung, der Übermacht des Nationalismus und der Restriktivität von Geschlechterrollen und sexuellen Identitäten.

»Es gibt Druck, aber es gibt auch Widerstand, und der ist an den Unis sehr stark«, sagt Pinar Selek. Doch der Zusammenhang, in dem sich ihre Forderungen bewegen und der häufig als »Demokratiebewegung« zusammengefasst wird, reicht über akademische Kontexte hinaus und umfasst beispielweise Organisationen, die unter hohem staatlichem Druck für Pressefreiheit, Umweltschutz

hiesigen akademischen Zusammenhängen stoßen die Arbeiten der 38-jährigen auf großes Interesse: beinahe scheint ein kleiner Hype zu entstehen, der sich gut in orientalisierende Diskurse über »das Land zwischen Europa und Asien« und die »neue Modernität« der Türkei einfügt. So werden die angesprochenen Konflikte auch schnell einmal exotisierend als Probleme der türkischen, beziehungsweise muslimischer Gesellschaften generell eingeordnet. »Ich lerne viel bei den Begegnungen mit den verschiedenen Menschen hier«, sagt Pinar Selek selbst. »Was mich stört, ist, dass ständig nach dem Islam gefragt wird. Es gibt eine starke Tendenz, alles mit dem Islam zu verbinden und durch ihn erklären zu wollen.«

Im März ist die deutsche Übersetzung ihres jüngsten Buches »Zum Mann

## DER TÜRKISCHE STAAT KLAGT DIE KRITISCHE SOZIOLOGIN PINAR SELEK ALS TERRORISTIN AN

durchaus profitable Machtverhältnisse versteht: Armut, Geschlechteridentitäten, Militarismus, die Marginalisierung von Transgender und Sexarbeiter\_innen.

Durch ihre Festnahme als »Terroristin« stigmatisiert, wird sie Opfer medialer Kampagnen: so berichtet die Zeitung *Hürriyet* auf ihrer Titelseite von einer vermeintlichen Affäre zwischen ihr und dem seit 1999 in Isolationshaft sitzenden Abdullah Öcalan.<sup>1</sup> Sie findet Morddrohungen in ihrem Briefkasten. »Wenn du dich in der Türkei mit bestimmten Themen beschäftigst, dann kann dir alles passieren«, sagt sie. »Besonders Soziologin zu sein ist sehr schwer. Die erste soziologische Fakultät des Landes wurde in den 60ern geschlossen. İsmail Beşikçi, ein bekannter Soziologe, der seit den 60er Jahren ebenfalls v.a. zur Situation der Kurd\_innen arbeitete, saß für seine Bücher 20 Jahre im Knast. Und als ob Verbieten nicht reichte, töten sie auch. In der Türkei wurden viele Autor\_innen und Journalist\_innen umgebracht. Was mir passiert, ist also nur ein Ausschnitt des großen Bildes.« Ein Ausschnitt, der angesichts der Inhalte der Medienberichte die Annahme von der Verwobenheit sexueller, sozialer und politischer Dominanzstrukturen bestätigt, die sich durch Pinar Seleks

oder das Recht auf Kriegsdienstverweigerung kämpfen. Dass sie sich, aus einer Anwaltsfamilie stammend, guter juristischer Unterstützung bei ihren Prozessen sicher sein kann, gibt ihr Handlungsspielräume, die viele andere Engagierte nicht haben.

Als der Terrorismus-Prozess gegen sie jedoch, der durch etliche Gutachten zur Ursache der Explosion inhaltlich schon gegenstandslos war, nach zwei Freisprüchen ein weiteres Mal eröffnet werden soll, flieht sie im Jahr 2009 nach Deutschland. Tatsächlich wird im Februar 2010 vom Kassationsgerichtshof in Ankara die Aufhebung ihres letzten Freispruchs verkündet und somit der Weg für eine Haftstrafe von 36 Jahren geebnet.

Unterstützt vom PEN-Zentrum für verfolgte Schriftsteller\_innen<sup>2</sup> lebt Pinar Selek derzeit in Berlin, schreibt an einem Roman, promoviert an der Universität Strasbourg und vermisst Istanbul schmerzlich, wie sie sagt. »Aber ich bin noch am Beginn meiner Arbeit, und ich höre nicht auf, auch wenn sie versuchen, mir Steine in den Weg zu legen.« Die Liste ihrer prominenten Unterstützer\_innen ist inzwischen lang und reicht von Orhan Pamuk über Günter Grass bis hin zu Fatih Akin, doch noch ist keine Einstellung ihres Verfahrens in Sicht. In

gehätschelt, zum Mann gedrillt« (im Original: *Sürüne Sürüne Erkek Olmak*, »kriechend Mann werden«) erschienen. In der auf Interviews beruhenden Analyse der Initiationsrituale Beschneidung, Militärdienst, Arbeit und Heirat geht es um die Konstruktion von Männlichkeit in der Türkei – in der Familie, auf dem Arbeitsmarkt, in staatlichen Institutionen. Ein Beitrag zur Männlichkeitsforschung, der Fragestellungen beleuchtet, die auch außerhalb der Türkei größtenteils noch unter dem Tisch liegen.

1 Abdullah Öcalan ist der ehemalige Vorsitzende der PKK, der Arbeiter\_innenpartei Kurdistans, die seit Anfang der 80er Jahre bewaffneten und zivilen Widerstand vor allem gegen die Türkei leistet.

2 »Das PEN-Zentrum Deutschland ist eine der weltweit über 140 Schriftstellervereinigungen, die im Internationalen P.E.N. vereint sind. Die drei Buchstaben stehen für die Wörter Poets, Essayists, Novelists. Der PEN wurde 1921 in England als literarischer Freundeskreis gegründet. Schnell hat er sich über die Länder der Erde ausgebreitet und sich als Anwalt des freien Wortes etabliert, er gilt als Stimme verfolgter und unterdrückter Schriftsteller.«  
[www.pen-deutschland.de](http://www.pen-deutschland.de)

*es neutra  
ciencia!*

*Educación en*

*resistencia,*

*esa*

*es neutra  
ciencia!*

*Educación en*

Bildung im Widerstand  
ist unsere Wissenschaft!

*resistencia,*

Text und Fotos: Andy Möbius

Der Autor war 2009 für mehrere Monate als Menschenrechtsbeobachter in Chiapas/Mexiko tätig und hielt sich längere Zeit im Caracol von Oventic auf.

*es neutra  
ciencia!*





## NO TENER EDUCACION ES COMO ESTAR MUERTOS OHNE BILDUNG SIND WIR TOT

Im Januar 1994 tritt der mexikanische Bundesstaat Chiapas in die Augen der Weltöffentlichkeit. Der »Aufstand der Würde« der Zapatistas, symbolträchtig mit Inkrafttreten des NAFTA- Abkommens (North American Free Trade Agreement) begonnen, gilt vielen Menschen in der gesamten Welt als hoffnungsgebendes Aufbegehren gegen den Neoliberalismus. Die indigenen Aufständigen kämpfen für ihre Autonomie, die Grundlage um ihr Überleben als Indígenas zu sichern. Autonomie ist hier als die Fähigkeit, sich nach seinen eigenen, selbst gegebenen, Gesetzen regieren zu können, zu verstehen. Somit als ein Zustand der politischen Unabhängigkeit des Volkes von einem Souverän. In den Friedensverhandlungen von 1995/96 in San Andres ging es um diese politische Autonomie.

Das zwischen der mexikanischen Regierung, den Zapatistas und vielen anderen indigenen Gruppen aus ganz Mexiko ausgehandelte Abkommen über »Indigene Rechte und Kultur«, beinhaltet diesen Autonomiestatus für die indigenen Völker<sup>1</sup> Mexikos, verstanden als Möglichkeit sich nach den eigenen Gesetzen zu regieren. Dieser ausgehandelte Vertrag wurde aber nicht in

dieser Weise vom mexikanischen Staat ratifiziert. Die ebenfalls von Mexiko 1991 unterzeichnete Konvention 169 der International Labour Organization ILO erkennt die Bestrebungen von indigenen Völkern an, im Rahmen der Staaten, in denen sie leben, Kontrolle über ihre Einrichtungen, ihre Lebensweise und ihre wirtschaftliche Entwicklung auszuüben und ihre Identität, Sprache und Religion zu bewahren und zu entwickeln.

Doch diese Möglichkeit der politischen Autonomie wird den Zapatistas (welche sich aus verschiedenen indigenen Völkern zusammensetzen) vom mexikanischen Staat nicht gegeben. Daher geht ihr Kampf weiter. Der umfassende Aufbau ziviler Verwaltungsstrukturen mit eigenen Verwaltungs- und Kommunikationszentren (den Caracoles), eigener Rechtsprechung, nachhaltigen wirtschaftlichen Projekten, einem unabhängigen Kommunikationssystem, eigenem Gesundheitssystem, sowie autonomen Bildungssystem sind Ausdruck dieses Kampfes.

Die Notwendigkeit der Entwicklung eines autonomen Bildungssystems ist im 2. Zensus des staatlichen Instituto Nacional Indigenista von 1990 abzulesen: eine Analphabet\_innenrate von

über 30 Prozent und 59 Prozent der Kinder der 1. Klassenstufe hatten keinen Zugang zur Schule.

Dazu ist das Problem zu benennen, dass viele Gebiete in Chiapas infrastrukturell nicht erschlossen waren und so der Unterricht durch städtische Dorflehrer oft nur an ein bis zwei Tagen der Woche abgehalten wurde.

Diese Zustände selbstorganisiert zu ändern, war und ist Ziel des autonomen Bildungssystems der Zapatistas. Doch geht es im zapatistischen Selbstverständnis um viel mehr als das Erlernen von lesen und schreiben. Ziel ist es ein vom Staat unabhängiges Bildungssystem zu entwickeln, welches allen Indígenas offen steht. Ein besseres und nützlicheres System, welches mit den zapatistischen Prinzipien des »fragenden Weges gehen wir voran« und des »gehorchenden Mandat des Regierens« aufgebaut ist. Diese beiden Prinzipien drücken das demokratische Politikverständnis dieser sozialen Bewegung im Besonderen aus, da es die Möglichkeit der realen Einbindung aller Mitglieder im demokratischen Entscheidungsfindungsprozess benennt und die Bindung der Mandatsträger\_innen an diesen gemeinschaftlichen Willen bestimmt. Die Türen der zapatistischen



## NUESTRA PALABRA ES NUESTRA ARMA UNSERE SPRACHE IST UNSERE WAFFE

Schulen stehen allen Kindern unentgeltlich offen unter der Bedingung, dass die Eltern die Lehrpläne und Lerninhalte akzeptieren. Betont wird besonders die Intersubjektivität des Lernens. Das bedeutet, dass Lehrer\_innen unterrichten, die einen gemeinsamen, kulturellen *common ground* mit den Schüler\_innen haben. Die Wahrnehmung der Natur, die sich durch eine andere Objekt-Subjektbeziehung in den indigenen Sprachen Chiapas manifestiert, ist ein prägnantes Beispiel, für diesen *common ground*.<sup>2</sup>

Ein weiteres Beispiel ist die Diskussion von Lehrer\_innen und Schüler\_innen über zapatistische Gesetze, wie den revolutionären Frauengesetzen von 1993 und 1996. Dabei werden den Schüler\_innen die gesellschaftlichen Gründe der von den zapatistischen Frauen selbstgegebenden Gesetze erklärt und die tägliche Realität, die Umsetzung dieser Gesetze, in den indigenen Gemeinden gemeinsam kritisch reflektiert.

Das autonome, revolutionäre, zapatistische Bildungssystem (SERAZLN) besteht aus drei Säulen: Den zapatistischen Grundschulen, der weiterführenden Schule und dem Spanisch- und Maya-Sprachzentrum im Caracol Oventic. Hier wird nun ausführlich auf den

Schulalltag der weiterführende Schule »Primero de enero« (»Der erste Januar«) in Oventic eingegangen.

Diese weiterführende Schule ist eine Internatsschule. Für die Schüler\_innen bedeutet das die Anwesenheit von dreißig Tagen in der Schule, im Wechsel mit zwei Wochen zuhause in der Familie. Die Schüler\_innen sollen ihre eigene Verpflegung durch das Mitbringen der Grundnahrungsmittel Mais und Bohnen sicher stellen. Die Tage werden gemeinschaftlich gestaltet und geplant.

Der Fächerkanon umfasst folgende »Schulfächer«, die insgesamt als Sinneinheiten zu begreifen sind: Die indigene Sprache Tzotzil wird unterrichtet und ist zugleich erste Unterrichtssprache in allen Fächern. Das soll sicher stellen, dass diese indigene Sprache und die damit verbundene Kultur in die nächste Generation weiter getragen wird. Spanisch wird als Fach »Sprache und Kommunikation« unterrichtet und zuzusagen erste Fremdsprache.

Die Sozialwissenschaften werden in zwei Fächer unterteilt. Eine Einheit bildet der gemeinsame Geschichts- und Geografieunterricht. Als Humanismus wird die Philosophie der Zapatistas gelehrt und diskutiert: die Geschichte des

Aufstands, der aktuelle zapatistische Kampf und andere soziale Kämpfe, die aufzeigen sollen, in welcher Weise sie das Leben der Schüler\_innen verändern. Neben Mathematik wird in den Naturwissenschaften ein praktischer Ansatz verfolgt. Über alltägliche, bzw. den Lebensweltbezug herstellende Fragen, soll die Lebensrealität der Schüler\_innen beeinflusst und hinterfragt werden. Die Lehrer\_innen nannten im Interview exemplarisch die Fragestellung des Einsatzes von Chemikalien und deren Einfluss auf die Umwelt. Im Fach »Produktion« werden neben der praktischen Umsetzung unter anderem Fragestellungen aus der Geografie nach der Erdbeschaffenheit und aus den Naturwissenschaften nach Anbaumethoden gelehrt. Ziel ist es, die eigene Subsistenzwirtschaft<sup>4</sup> ökologisch absichern zu können. Der Kanon von Unterrichtseinheiten zeichnet sich insgesamt durch die Orientierung an den Bedürfnissen der zapatistischen Gemeinden, an deren Lebensrealität aus.

Diese Lerninhalte sind vorher mit den Gemeinden und Eltern im Sinne des »fragenden Weges gehen wir voran« diskutiert und beschlossen worden. Diese Bedürfnisorientierung spie-

gelt sich auch im Schulverlauf wieder. Während die ersten zwei Jahre stark durch gemeinsamen Unterricht geprägt sind, gibt das dritte Jahr den Schüler\_innen die Möglichkeit sich zu spezialisieren. Somit werden sie in direkter Weise auf eine Tätigkeit in der zivilen zapatistischen Bewegung vorbereitet: als Promotor\_in für Bildung oder Gesundheit, als Mitverantwortliche in den produzierenden Kollektiven, den Kommunikationsmedien sowie der biologischen Landwirtschaft.

Diese Abschlüsse teilen alle eine Besonderheit des zapatistischen Weges: gemeinschaftlich übertragende Aufga-

Besonderheit besser zu verstehen. Die Lehrer\_innen bezeichnen sich explizit nicht als Lehrer\_innen (maestr@s), sondern als Werber\_innen für Bildung (promotor@s de educación). Dieses Selbstverständnis soll einerseits ausdrücken, dass sie für den weiteren Ausbau des Bildungssystems und der allgemeinen Bedeutung von Bildung in dieser bäuerlichen Gesellschaft werben. Andererseits wird der Wunsch nach Abbau von Hierarchien zwischen Lehrer\_innen und Schüler\_innen ausgedrückt und das Selbstverständnis, gegenseitig voneinander lernen zu können.

Der Aufbau des autonomen Bil-

Für das autonome Bildungssystem bedeutet dies den Traum von mehreren weiterführender Schulen und einer zapatistischen Universität.

*La lucha sigue. Der Kampf geht weiter.*

Wenn du in Chiapas/Mexiko bist und Spanisch oder Tzotzil lernen willst, dann nehme Sprachunterricht in der CELMRAZ (Centro de Español y Lenguas Mayas Rebelde Autónomo Zapatista) im Caracol Oventic. Dein Beitrag, für Unterricht, Unterkunft und Verpflegung, fließt in den autonomen Bildungsfond, mit dem die weiterführende Schule in Oventic finanziert wird.

## *Basis, Garantie und stärkste Waffe des zapatistischen Widerstands ist heute definitiv das revolutionäre und autonome zapatistische Bildungssystem*

*Christina Hajar González<sup>5</sup>*

ben werden als *cargos* verstanden, als Aufgaben im Dienste der Gemeinschaft. Diese Arbeit wird nicht monetär belohnt, sondern im Kreislauf der Subsistenzwirtschaft obliegt die Versorgung dieser Arbeiter\_innen der Gesellschaft. Die Entlohnung besteht also in großen Teilen in Form von Grundnahrungsmitteln (Mais und Bohnen) und gesellschaftlicher Anerkennung.

Die Unterschiede zu den staatlichen Schulen bestehen weiterhin in der Vergabe von Bewertungspapieren, die mit Bewertungsgesprächen einhergehen sollen. In der Regel sollen diese Bewertungen jedoch die persönlichen Entwicklungen beschreiben und nicht in Notenform ausgedrückt werden. Des Weiteren geht es nicht um die Erziehung »mündiger mexikanischer Staatsbürger\_innen« die sich im Konkurrenzkampf gegenüber stehen, sondern um die Bildung von Kindern und Jugendlichen, welche in einer subsistenzwirtschaftenden Gesellschaft leben, die gemeinschaftlich für eine indigene, autonome und demokratische Zukunft eintritt. In diesem Kontext ist auch eine weitere

ditionssystem startete 1999, insbesondere durch die Hilfe der mexikanischen Zivilgesellschaft bei der Ausbildung der ersten Lehrer\_innengeneration, sowie dem Bau der Internatsschule in Oventic im Jahr 2000. Die Fortschritte sind langsam und regional unterschiedlich, da die jeweiligen Regionen und Gemeinden mit den oben beschriebenen Prinzipien unterschiedliche Realitäten der Schulbildung verwirklicht haben. Die Grundausbildung der Kinder konnte jedoch in den zapatistischen Gebieten erreicht, die Senkung der Analphabet\_innen-Quote realisiert werden, trotz des ständigen Repressionsdrucks des mexikanischen Staates auf das zivile Autonomieprojekt der Zapatistas. Diese Entwicklung führte auch zu einem Nachrücken des Staates, der neue Schulen baut und oft zweisprachig unterrichten lässt. Dass dies dabei oft Teil der Strategie der Aufstandsbekämpfung im »Krieg der niederen Intensität«<sup>4</sup> ist, muss leider auch erwähnt werden. Doch trotz der aktuellen Bedrohungslage, oder gerade deswegen, wird der Ausbau der zivilen zapatistischen Autonomie weiter fortgeführt.

---

1 Die Bezeichnung Volk, bzw. Völker wird hier als Selbstbezeichnung durch die Zapatistas übernommen.

2 »Die Menschen sind weder das Zentrum noch der Gipfel aller Dinge, sie sind GefährhtInnen unter GefährhtInnen, die die Tiere, Pflanzen, Steine, das Wasser (...) einschließen, die alle einander brauchen.«

Diese andere Perspektive auf die Welt findet ihren Ausdruck auch in der Sprache. In der Sprache der Tojolabales z.B. gibt es keine Objekte: Dt.: »Ich sage Euch.« Tojolabal: »Ich sage. Ihr hört zu« (aus Carlos Lenkersdorf, in: Mexikogruppe aus dem FDCL (Hrsg.): Der Weg der indigenen Würde vom gemeinsamen Gehen, Berlin 2001, S. 87-90.

3 Basis der Subsistenzwirtschaft ist die Selbstversorgung mit materiellen Gütern des täglichen Gebrauchs. Subsistenzwirtschaft ist jedoch nicht in individueller Sicht, sondern als gemeinschaftliches Prinzip zu verstehen. Zu dem Verständnis von Selbstversorgung gehört die Einstellung miteinander und nicht gegeneinander zu wirtschaften.



4 Der »Krieg niederer Intensität« ist als Aufstandsbekämpfungsstrategie zu verstehen. Keine direkte, dauerhafte militärische Konfrontation zweier Kriegsparteien, sondern die Korruption der Bevölkerung, die Paramilitari-

sierung und Militarisierung eines Gebietes sind Bestandteile dieser Strategie. Ziele sind die Zerstörung der zivilen Basis von widerständischen Bewegungen und die Erschaffung von einem sozialen Klima der Angst. Entwickelt

wurde diese Strategie in der »School of the Americas«.

5 Übersetzung des Autors aus dem Buch: García, Juan E.: *Autonomía Zapatista, Otro mundo es posible*, AMV, Mexiko 2008, S. 138



# Devera Azadiyé Orte der Freiheit

Die Universitäten in Südkurdistan sind nicht nur Räume der Wissenschaft, sondern auch Räume einer neugewonnenen Freiheit

Von der Kurdistan-AG

Kurdistan ist Kriegsgebiet. Mal mehr, mal weniger. Doch in Südkurdistan beginnt sich diese Situation langsam zu verändern, denn dort befindet sich seit dem Sturz des irakischen Baath-Regimes das autonome Gebiet Kurdistan. Territorial gehört es zum Staatsgebiet der Republik Irak, wird aber durch die Regierung der Region Kurdistan autonom verwaltet. Auch dort herrschte bis 2003 Krieg.

Die Menschen in diesem Land waren größtenteils auf sich allein gestellt und benachteiligt. Es gab keine Infrastruktur, keine Elektrizität und die Versorgung war nur mit Unterstützung der UNO und Nicht-Regierungsorganisationen möglich. Alles, was zur Verbesserung

der Lage für die Menschen beigetragen hätte, wurde entweder vom irakischen Baath-Regime oder von den umliegenden Nachbarländern Türkei, Iran und Syrien bekämpft und vernichtet. Die Konsequenz war ein eklatanter Mangel in allen Lebensbereichen, so auch im Bildungsbereich.

Heute können die südkurdischen Universitäten als »wissenschaftliche und kritische Institutionen der Gesellschaft« in der Lage sein, den Prozess der Veränderung und der Entwicklung einer ernsthaft partizipatorischen Selbstverwaltung voranzutreiben. Aber dafür müssten sie selbst autonom und selbstverwaltend sein, statt von einer liberalen Politik abhängig zu bleiben, die nur den reichen Eliten dient und weitere Ungleichheiten in der Gesellschaft verursacht. Der vor-

liegende Beitrag kann daher als eine solidarische Kritik verstanden werden.

Für die Universitäten und die Hochschulbildung ist das »Ministry of Higher Education« verantwortlich. Allen Universitäten stehen Präsident\_innen vor, welche durch Vizepräsident\_innen vertreten werden. Die Universitäten sind in Colleges und Departments unterteilt, an denen die jeweiligen Fächer gelehrt werden. Alle Hochschulen sehen sich als Bildungseinrichtungen für Kurdistan, was auch durch den Zulauf von kurdischen Studierenden aus der Türkei, Syrien und dem Iran bestätigt wird. Der Zugang zu den Universitäten steht allen Menschen mit einer abgeschlossenen Schulausbildung offen, obwohl die Berechtigung zum Studium der einzelnen Fächer an die Abschlussdurchschnitts-

note der Schule gebunden ist. Das Studium ist kostenfrei und den Studierenden werden zudem kostenfreie Wohnheimplätze sowie 100 US-Dollar für den Lebensunterhalt zur Verfügung gestellt.

Allerdings berichten viele Studierenden von einer hierarchischen Lernstruktur, welche durch Frontalunterricht verstärkt wird. Ihre Kritik richtet sich gegen die mangelnde Wissensvermittlung der Lehrenden. So kommt es zwar zum Vortragen von Wissen und wissenschaftlichen Inhalten, aber die Vermittlung und Auseinandersetzung mit diesen findet nur wenig statt. Auch wird der nicht vorhandene kollegiale Umgang zwischen Studierenden und Lehrenden bemängelt, welches zu einer hierarchischen Situation wie zwischen Schüler\_in und Lehrer\_in an den Universitäten führt. Das drückt sich zum Beispiel in der mangelnden Bereitschaft oder auch dem Unvermögen der Lehrenden aus, auf die Nachfragen und Interessen der Studierenden einzugehen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Ein Raum, in dem diese Kritik geäußert und ernst genommen werden kann, gibt es nicht.

Das größte Problem an den südkurdischen Universitäten stellt das Fehlen von wissenschaftlichen Publikationen wie Büchern oder Zeitschriften dar. Die Bibliotheksbestände sind veraltet und für eine zeitgemäße Wissenschaft zum Teil ungeeignet. Dazu kommt, dass die Nachbarländer immer wieder verhindern, aktuelle wissenschaftliche Literatur nach Irak-Kurdistan zu transportieren. So berichtet beispielsweise ein studentischer Vertreter der Suleimania Universität, dass die Universitätsverwaltung tausende Bücher aus dem Ausland gekauft habe, aber die Türkei den Transport verweigert hat, als die Bücher über die Türkei nach Südkurdistan geschickt wurden. Schließlich wurden die Bücher wieder zurückgeschickt.

In Bezug auf die südkurdische Hochschulen kann auch von einem amerikanischen Bildungssystem gesprochen werden, da die gesamten Dozierenden aus europäischen Ländern sowie den USA kommen und die Unterrichtssprache Englisch ist. Diese Besonderheiten erwecken bei Studierenden anderer Universitäten den Wunsch, dort zu studieren. Die Bildung an den südkurdischen Universitäten stand nicht unter dem Einfluss des ehemaligen irakischen

Regimes. Das war den Studierenden in Irak-Kurdistan ganz neu und motivierte sie auch zu denken und mehr zu forschen. Trotz allem ist die Motivation, in Südkurdistan zu studieren, nicht sehr hoch. Die Struktur der Wissensvermittlung in Form von Frontalunterricht, die Wissensabfrage in Form von Klausuren sowie die fehlende subjektive Relevanz der gelehnten Inhalte gibt den Studierenden keine Anreize kritisch und kreativ zu denken. Dabei befinden sich die Universität in der Region Kurdistan, wie auch sonst überall auf der Welt, in einer gesellschaftlichen Situation, die sich nur im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Verfasstheit betrachten lässt.

Gesellschaftliche Entwicklungen schlagen sich auf die Situation der Universitäten nieder, können aber auch durch diese beeinflusst werden und so zu einer Veränderung beitragen. Die Hochschulen im autonomen Gebiet Kurdistan stellen somit innerhalb der kurdischen Gesellschaft ein Raum dar, in dem trotz aller Schwierigkeiten neue Freiheiten erprobt und gelebt werden können.

Dazu ist allerdings ein Neuanfang notwendig. Die Studierenden könnten hier eine wichtige Rolle spielen und sollten die Gestaltung und Organisation der Universitätsstrukturen nicht allein der Verwaltung überlassen, sondern sich selbst Gedanken machen und mit den Universitätsverwaltungen ein neues wissenschaftliches und basisdemokratisches System ins Leben rufen. Die Studierenden benötigen daher dringend eine autonome Form der Selbstorganisation.

Den südkurdischen Universitäten stehen viele Wege offen. Sie bilden die Basis für eine ökonomische, kulturelle und politische Zukunft, die sich um das Wohl aller Menschen in Kurdistan bemüht, und nicht nur das einiger weniger. Das soziale und gesellschaftliche Zusammenleben wird an den Hochschulen neu verhandelt und gibt so neue Impulse in die kurdische Gesellschaft hinein. In der traurigen Geschichtsschreibung der Kurd\_innen ging es bisher -gezwungenermaßen- immer um Unterdrückung, die zu Kriegen, Vertreibung, Elend und Tod führte. Jetzt kann den Kurd\_innen eine Möglichkeit geboten werden, sich mit Bildung und Wissenschaft zu beschäftigen und nicht mit Kriegen, die

von Nachbarländern verursacht wurden und werden. Gebildete Gesellschaften können friedlich zusammen leben. Zu dieser Entwicklung können Universitäten beitragen, wenn sie Wissenschaft so behandeln, dass sie den Menschen dient.

Viele Veränderungen zeichnen sich ab, beispielsweise bei der Rolle der Frau, die um ein Wandel in einer patriarchalen Gesellschaft kämpft und für eine offene, emanzipatorische und tolerante Gesellschaft, die ein gleichberechtigtes Leben von Männern und Frauen zulässt. Dabei ermöglichen es auch Universitäten, diese Ideen auszuprobieren und Freiräume zu eröffnen, die es ansonsten in der Gesellschaft nicht geben würde. So entstehen Felder für die Frauen, in dem sie sich äußern und ihren Wunsch nach Freiheit betonen. Die südkurdischen Hochschulen sind also nicht nur Orte, an denen gelernt wird, sondern auch Orte, an denen die eigene Freiheit gesehen werden kann. Nicht nur deshalb sind Frauen dort deutlich präsenter als im sonstigen öffentlichen Leben. Die kurdischen Studentinnen sind oft selbstbewusst und wissen genau, was sie an der Universität wollen bzw. können hier eine deutliche Perspektive für ihr zukünftiges Leben äußern.

Vieles muss sich noch ändern in der kurdischen Gesellschaft, aber ebenso viel muss sich auch an den Universitäten in Kurdistan ändern. Die im Artikel beschriebene Situation ist nur der Ausdruck für die missliche Lage, in der sich das junge Kurdistan befindet. Doch es gibt im autonomen Gebiet Kurdistan jede Menge Chancen, die Veränderungen weiter voran zu treiben. Dabei stellen die Universitäten den Raum dar, in der Wissenschaft stattfinden kann und somit auch die kurdische Zukunft mitgestaltet wird. Es sind entscheidende Institutionen, die zur Emanzipation der kurdischen Gesellschaft einiges beitragen können.

---

Die Kurdistan AG ist eine autonome und unabhängige Gruppe von kurdischen Studierenden an der FU. Sie existiert seit 1998. Sie organisiert viele kulturelle und politische Veranstaltungen und knüpft Kontakte mit anderen kurdischen Studierenden in Deutschland, anderen europäischen Ländern und allen vier Teilen von Kurdistan.

# Hochschulgeld zu Galadinnern

Das FU-Büro in New York  
verschwendet Hunderttausende

von der FSI OSI

**W**ir alle kennen es: egal was wir von den Verantwortlichen an der FU fordern, egal ob im direkten Gespräch oder nach Vermittlung der Instituts- oder Fachbereichsleitung, egal ob überzeugend begründet oder nur als Polemik gemeint – stets bekommen wir die gleiche Antwort. Dafür ist kein Geld da. Ideengeschichtspraxis? Kann nicht finanziert werden. Bezahlte Tutorien? Kann nicht finanziert werden. Ausfinanzierte Projekt-tutorien? Kann nicht finanziert werden. Ein Fortbestehen der dezentralen Bibliotheken an der FU? Kann nicht finanziert werden. Ein überflüssiges, aber prestigeträchtiges Auslandsbüro, das Gala-Dinners veranstaltet? Klar, dafür ist Geld da.

Wie, neben anderen Medien, der »Tagesspiegel« berichtete, hat die FU den »Friends of Freie Universität Berlin« in New York in den vergangenen Jahren mehr als eine Million Euro gegeben. Dieser Verein, bestehend aus Alumni, sollte in den USA Geld für die FU sammeln, ganz nach dem Vorbild der US-amerikanischen Eliteunis, bei denen Alumni-Beiträge einen beträchtlichen Anteil des Budgets ausmachen. Aber gut gemeint ist halt noch lange nicht gut gemacht. Und so steckte die Zentralverwaltung der FU seit 2003 Jahr für Jahr Tausende Euro in ihr New Yorker Büro, ohne für die Investition auch nur annähernd soviel

zurück zu erhalten. Gleichzeitig wurden in Berlin Bibliotheken und Institute geschlossen und Professuren gekürzt.

Dabei hatten die »Friends« einen recht beachtlichen Erfolg beim Geldeintreiben vorzuweisen: eine Großspende in Höhe von 600 000 Dollar für die Sanierung des Henry-Ford-Baus. Die etwas älteren Semester werden sich erinnern, die fand vor einigen Jahren statt und war pünktlich zur Verkündigung des Exzellenzstatus der FU abgeschlossen. Das Geld kam von der Max-Kade-Stiftung – das frisch sanierte Auditorium Maximum im HFB wurde denn auch prompt nach Max Kade benannt.

Sehr nett, könnte mensch jetzt sagen, aber wie so oft gibt es auch hier einen Haken. Von den 600 000 Dollar ist nämlich so gut wie nichts in Berlin angekommen. Oder, wie das Präsidium in einem internen Prüfbericht selbst zugibt, »die gesamte Renovierung des Henry-Ford-Baus [wurde] aus Mitteln der Freien Universität bestritten [...]«. Na sowas. Merkwürdig nur, dass mensch erst heute etwas davon erfährt, und nicht zu der Zeit, als am HFB noch gebaut wurde.

Allerdings dürfte der angeblich nicht nach dem Antisemiten Henry Ford sr. benannte Henry-Ford-Bau damit auch einen neuen Rekord aufgestellt haben: den für das einzige Universitätsgebäude, das es schafft gleich zwei

Namensgebungen mit »Geschmäcke« in sich zu vereinen. Wenn die FU schon spitze ist, dann wenigstens konsequent.

Seit einiger Zeit geht ja der geneigten Leser\_innenschaft ein wenig der Maßstab für Geldbeträge verloren. Kein Wunder, wenn für marode Immobilienbanken oder zur Stützung des Euro Dutzende, wenn nicht gar Hunderte von Milliarden locker gemacht werden. Was ist da schon eine Million?

Nun, wer sich schon mal die Haushaltssitzungen des Instituts- oder Fachbereichsrats angesehen hat, wird sich wundern, mit welchem schmalen Budget an der FU gewirtschaftet wird. Eine Million Euro entsprechen denn auch ziemlich genau dem Jahresbudget (!) des Otto-Suhr-Instituts (OSI); wir gehen nicht davon aus, dass das an anderen Instituten nennenswert anders sein dürfte. Der Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften musste in den letzten Jahren – also in genau dem Zeitraum, als die »Friends of Freie Universität« in New York nutzlose Preise an Chefideologen des Neoliberalismus vergaben. Der Gründer des Davoser Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, wurde von Dieter »Exzel-«Lenzen persönlich mit dem »Transatlantic Bridge Award« geehrt. – kontinuierlich 7,5 Prozent des Haushalts pro Jahr einsparen. Das ging soweit, dass am OSI zwischenzeitlich das



Klopapier aus den Kostenstellen vakanter Professuren bezahlt werden musste, weil dafür im regulären Haushalt kein Geld mehr da war.

Grundsätzlich macht sich wieder einmal bemerkbar, dass Intransparenz in Verbindung mit einer zu großen Machtfülle zu einer systematischen Verschwendung von Geldern führt. Beispiele dafür lassen sich genug finden, von der »Amigo-Affäre« der bayerischen CSU über den Kölner Klüngel bis hin zum Berliner Bankenskandal. Wir erneuern daher unsere Forderung nach einer Abschaffung der Erprobungsklausel, die den Präsidiabteilungen aller Berliner Unis weitgehende Vollmachten eröffnet, und nach einer Einführung größerer Mitspracherechte aller Statusgruppen bei universitätsweiten Entscheidungen. Die Verlagerung von Kompetenzen aus den gewählten akademischen Gremien hin zu vom Präsidium verwalteten

Exzellenz- und Strategiezentren muss aufhören!

Es bleibt aber abzuwarten, welche Konsequenzen an der FU nun gezogen werden. Eine erste Folge dieser skandalösen Geldverschwendung steht schon mal fest, das Büro der »Friends« in New York wird geschlossen. Spannend wird es eher bei der Frage, ob auch persönliche Konsequenzen gezogen werden. Dieter Lenzen hat es sich ja schon mal in Hamburg bequem gemacht. Darüber hinaus unterhält die FU im Rahmen ihrer Exzellenzstrategie der »Internationalen Netzwerkuniversität« weitere Auslandsbüros in aller Welt – ein Vorhaben, das von Studierenden schon länger als Geldverschwendung kritisiert wird.

Ob die Misswirtschaft des New Yorker Büros Auswirkungen auf das Wirken der anderen Auslandsbüros haben wird, ist ebenfalls noch nicht klar. Klar ist dagegen: Wir fordern die komplette Auf-

klärung dieser Mittelverschwendung, und wir fordern ein Ende der Sachzwang-Ausreden als Absage an unsere Forderungen!

---

1 <http://www.tagesspiegel.de/berlin/millionenverlust-in-new-york/1843690.html>, Artikel vom 22.5.2010

2 Wikipedia weiß dazu: »Alumni sind daher im englischen und deutschen Sprachraum ehemalige Auszubildende [...], ehemalige Studierende und Mitarbeiter« ([de.wikipedia.org/wiki/Alumnus](http://de.wikipedia.org/wiki/Alumnus))

3 Zitiert nach [tagesspiegel.de](http://tagesspiegel.de)-Artikel vom 22. Mai 2010

4 [fsigeschichte.blogspot.de/2007/04/12/antisemitismusstreit-um-henryford-bau](http://fsigeschichte.blogspot.de/2007/04/12/antisemitismusstreit-um-henryford-bau)

5 Der Gründer des Davoser Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, wurde von Dieter »Exzel-«Lenzen persönlich mit dem »Transatlantic Bridge Award« geehrt.

# gehten zu Studienkreisen den Holocaust wegatmen

Von Falko Grothe  
und Norman Jerke

Universitäten sind Orte, an denen gesellschaftlich relevante und wissenschaftlich gehaltvolle Themen und Vorstellungen (re-)produziert und überprüft werden sollen. Selbst das Berliner Hochschulgesetz geht so weit, es als Aufgabe der Hochschulen zu betrachten, »mit ihrer Forschung und Lehre zum Erhalt und zur Verbesserung menschlicher Lebens- und Umweltbedingungen«<sup>1</sup> beizutragen, dies alles »im Bewusstsein ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt«<sup>2</sup>.

Es geht also nicht um die reine Produktion scheinbar objektiven Wissens (dessen Schein im innerakademischen Diskurs gefestigt wird), sondern um gesellschaftliche Relevanz. Nicht dass es ein objektives Wissen gäbe, aber der Raum Universität strahlt diesen Schein aus und erfährt damit eine erhöhte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, die des öfteren bis zu einer unhinterfragten Wissenschaftsgläubigkeit reicht. Daher versuchen diverse gesellschaftliche Gruppen immer wieder in diesem Raum Gehör zu finden. An der Freien Universität sind das in der Regel wirtschaftliche Verbände, wie die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« oder der Bildungsprivatisierer Bertelsmann, und staatliche

Institutionen, wie bei der Ringvorlesung des Bundesinnenministeriums am Fachbereich Rechtswissenschaft oder der Zusammenarbeit der deutschen Polizei mit dem Informatikinstitut der FU im letzten Semester. Regelmäßig versuchen allerdings auch (pseudo-)religiöse und esoterische Gruppen oder Sekten ihre Lehren mit Tricks und Lügen an der Freien Universität zu verbreiten.

Anfang Mai tauchten an der FU Berlin Plakate des »Studienkreis für gnostische Kultur« auf, die für Veranstaltungen am 22. und 29. Mai warben. Stattfinden sollten diese Veranstaltungen in der Silberlaube, am rechten unteren Plakatrand prangte »Mit freundlicher Unterstützung der Freien Universität Berlin«, FU-Logo inklusive. Die Titel waren eher unauffällig: »In diesem Moment schlummert ein Mysterium«, »Das Hier und Jetzt, Leben im Moment« und »Gnostische Esoterik«. Versehen mit einem Buddha-Zitat sollte es um eher belanglose, esoterische oder allenfalls merkwürdig anmutende Inhalte wie »Selbstbeobachtung und Selbsterkenntnis«, »Apokryphen«, »Tarot«, »Alchemie« oder »Mantras« gehen. Hinter all dem versteckt sich jedoch eine homophobe und den Nationalsozialismus beschönigende Sekte, die sich mit einer Propagandaveranstaltung in wissenschaftlichen Räumlichkeiten etablieren wollte.

Der »Studienkreis für gnostische Kultur« bezieht sich dabei immer wieder auf seinen »Origen«<sup>3</sup>, Samael Aun Weor. Wenn mensch sich die zahlreichen Bücher des geistigen Denkers und Lenkers anschaut, wird schnell klar auf welcher christlichen Mission sich dieser befand. Bis zu seinem Tod verfasste Weor mehr als 70 Bücher und hielt unzählige Vorträge an verschiedenen Universitäten Südamerikas. Neben Büchern mit geheimnisvollen Titeln wie »Die Geheime Lehre von Anahurac« oder »Das Mysterium des goldenen Blühens« finden sich auch eindeutige Versprechungen und praktische Lebensanleitungen. So wundert es nicht, dass Weor Bücher wie »Die perfekte Ehe«, »Die grundlegende Erziehung« oder »Gnostische Sexologie« verfasste. In ersterem geht es vor allem darum, den perfekten und einzig richtigen Weg des Zusammenlebens darzustellen. Grundlegend dafür sei, dass sich die Ehepartner\_innen mit der »normalen Sexualität« identifizieren.

Was verstehen nun Neognostiker\_innen unter »normaler Sexualität«? Weor schreibt dazu: »Als sexuell normale Menschen verstehen wir Menschen ohne sexuelle Konflikte.«<sup>4</sup> Und weiter: »Unter normaler Sexualität versteht mensch die sexuelle Aktivität, die zur Fortpflanzung der Gattung führt.«<sup>5</sup> Sämtliche alternativen Lebensweisen und andere Sexualitäten, wie zum Beispiel Homosexuelle,

bezeichnen die Neognostiker\_innen als »infrasexuell«. »Kinderschänder, [...] Lesben, [...] Sexmissbraucher, [...] Pornographen [und] Masturbatoren«<sup>6</sup> und Homosexuelle werden dort in einem Atemzug genannt.

Nun sollte mensch sich außerdem fragen, warum Lesben nicht als Homosexuelle gezählt werden? Nun ja, die gnostische Lehre propagiert den »heiligen Samen«: »Das Sperma ist heilig, weil sich im Sperma unsere eigene Persönlichkeit befindet.«<sup>7</sup> Während demnach Schwule »nur« ihren Samen vergeudet, produzierten Lesben nicht mal das »heilige Sperma«. Lesben wird eine eigene Sexualität nicht zugestanden. Das Urteil über die so genannten »Masturbatoren« ist auch schnell gefallen: Während der Selbstbefriedigung nimmt »der Phallus [nur] kalte Luft [auf], die ins Gehirn tritt. So erschöpfen sich viele Gehirnfunktionen. Unzählige Menschen sind wegen des Lasters der Masturbation ins Irrenhaus gekommen. Ein Gehirn voller Luft ist ein hundert Prozent dummes Gehirn.«<sup>8</sup>

Das höchste sexuelle Ziel der Neognostiker\_innen ist es, die Suprasedualität zu erreichen, dazu ist aber der »normale Sex« nötig. Homosexuelle wandern demzufolge »auf dem Weg des Verderbens.«<sup>9</sup> Hier wird der homophobe, sexistische und antiaufklärerische Charakter der gnostischen Lehre unverblümt zur Schau gestellt. Es geht aber noch weiter: Der »normale Sex« sei wichtig, denn nur »[d]urch das heilige Sperma und seine Transmutationen ist es möglich, den Philosophenstein zu erhalten.«<sup>10</sup> In den christlichen Kirchen stelle das Taufbecken den Philosophenstein »oder die Zeugungsorgane dar«<sup>11</sup>. Der Philosophenstein sei die Versinnbildlichung der »geheimen Philosophie«<sup>12</sup> bzw. des »geheimen Wissens«.

Dieser Elitarismus zieht sich durch die komplette gnostische Lehre und ist allgegenwärtig. Ein ganzes Leben soll mensch nach dem geheimen Wissen dursten und dadurch einer Elite angehören, die sich auf einer höheren Ebene als der Rest der Menschheit befindet. Samael Aun Weor lässt dementsprechend ganz im nationalsozialistischem Sinne verlauten: »Ich glaube an den Übermen-

schen, das sage ich euch ganz offen«<sup>13</sup>. Zu Zeiten Adolf Hitlers »fühlte sich [niemand] klein [...], alle [Deutschen] waren Übermenschen.«<sup>14</sup> Der einzige Fehler, den Hitler begangen habe, sei eine Fehlinterpretation Nietzsches gewesen, denn »auch wenn er [Hitler] viele gute Absichten hatte [wusste er nicht], wie er Nietzsche interpretieren sollte.«<sup>15</sup> Problematisch sei lediglich, dass »Hitler [...] sich auf seinem Weg [verirrte].«<sup>16</sup>

Allem Anschein nach, war die nationalsozialistische Politik Weor nicht selektiv genug. Auch mit Rudolf Steiner gibt es keinerlei Berührungsängste. Im Gegenteil: Wurde dieser nach dem

## Hitlers gute Absichten und das heilige Sperma

Zweiten Weltkrieg noch wegen seinen Äußerungen in Bezug auf die »Rassen- und Judenfrage« kritisiert lässt der geistige Führer Weor stolz verlauten, Steiner sei ein »powerful illuminated clairvoyant«<sup>17</sup>, der ebenfalls Glaubensfragen mit Wissenschaftlichkeit verband und ein elitäres Geheimwissen propagierte.

Die verborgene Erkenntnis, welche nur für eine Elite vorgesehen ist, und die unerreichbare Suprasedualität, die durch »Transmutationen« einen »Philosophenstein« versprechen, zeigen sehr deutlich, wie skurril und intransparent diese Sekte ist. Die Intoleranz gegenüber alternativen Lebensformen, der offene Sexismus und die Homophobie sind kaum zu überbieten. Die Beschönigung der NS-Herrschaft und das Propagieren des geheimwissenden Übermenschen zeigen die Gefahr, die von solch einer christlichen Sekte ausgeht.

Ist es überhaupt möglich den »Studienkreis für gnostische Kultur« als eine christliche Sekte zu deklarieren? Ähnlich wie bei Scientology handelt es sich um eine moderne Sekte. Anders als Scientology, scheint der »Studienkreis für gnostische Kultur« jedoch weniger den ökonomischen Profit, dafür eher die ideologische Indoktrination im Auge zu haben.

Da die gnostische Lehre von einem »Geheimwissen«, welches nur für eine kleine Elite bestimmt ist, ausgeht und außerdem die Theorie des »Übermenschen« vertritt, kann mensch daraus schlussfolgern, dass die Gruppe sich elitär über den Rest der Menschheit stellt. Somit manipuliert der »Studienkreis« seine Mitglieder, indem er eine verborgene, allumfassende Erkenntnis vorschwindelt, welche nur für Wenige zu erreichen sei. In der Regel sind es nur die Führer\_innen der Gruppe selbst die sich bereits auf dieser höheren Ebene befinden.

Die gnostische Lehre verlangt von ihren Anhänger\_innen eine Selbstheilung durch Reinheit. Das bedeutet, der »Studienkreis« drängt seine Mitglieder dazu eine nicht oder nur unter Selbstaufgabe erreichbare Perfektion anzustreben. Als Beispiel soll hier die gnostische Sexologie der »Suprasedualität« dienen. Nur wenn dieser Status erreicht sei, erlange das Individuum den »Philosophenstein« und das geheime Wissen. Diese Erleuchtung stellt genau die Perfektion dar, welche vom Individuum nicht oder nur durch Aufgabe der eigenen Identität und vollständiger Unterwerfung des Denkens und der Lebensgewohnheiten unter die gnostische Lehre erreicht werden kann.

Des Weiteren scheint die gnostische Lehre intransparent und undurchschaubar. Durch das versuchte Auftreten an Universitäten soll ihr ein wissenschaftlicher Anstrich verliehen werden. Die Ansichten und Überzeugungen der Gruppe sind außerdem unumstößlich und vollkommen. Durch die zahlreichen Schriften, Bücher und Vorträge wird eine Aura der heiligen Wissenschaft kreiert, die nur wenige Sektenmitglieder verstehen. Für diese Wenigen ist es dann einfach, die Gedanken der restlichen Sektenmitglieder zu manipulieren und zu kontrollieren.

Sämtliche Bücher und Schriften sind geprägt von einer überladenen Sprache mit Neubedeutungen, die ein Schwarz-Weiß-Denken fördern. Die skurrile Sprache wird schon anhand der Titel verschiedener Bücher, wie zum Beispiel »Unnütze Träume« oder »Das Mys-

terium des Goldenen Blühens«, deutlich. Gespickt werden die Vorträge mit langen Zitaten, die sich um Esoterik und Mystik drehen. Verschachtelte Sätze, die meist über einen Absatz lang sind, und Wortneuschöpfungen lassen ein Sich-Verlieren in der Sprache zu, welches durch die rhetorischen Fähigkeiten der Neognostiker\_innen schamlos ausgenutzt wird. Die blumige und hochgestochenen-verschnörkelte Sprache erschwert es, sich auf einer rationalen Ebene mit den Lehren zu befassen.

Es wird schnell deutlich dass die Gruppe mit ihrer endgültigen Lehre, der es sich zu fügen gelte, vollkommen über dem Individuum steht. Die Wünsche und Bedürfnisse des einzelnen Menschen sind zweitrangig, solange die Interessen der neognostischen Theorien erfüllt sind. Vielmehr wird eine Lebensweise propagiert in der das Individuum vollkommen in der Gruppe aufgeht.

Damit nicht genug. Neben den menschenverachtenden und sektenartigen Lehren ihres spirituellen Führers Weor beruft sich der »Studienkreis für gnostische Kultur« auf die esoterischen Lehren des bereits erwähnten Rudolf Steiners und Carl Gustav Jungs, nachzulesen auf ihrer Website. Rudolf Steiner ist manchem als Vater der Waldorf-Pädagogik bekannt, seine esoterischen Texte zur Anthroposophie sind jedoch antisemitisch und rassistisch. So entwickelte er mehrere nebeneinander existierende Rassenmodelle, in denen die »arische Rasse« die vollkommenste Materialisierung des Geistes darstellt. Negative Materialisierungen des Geistes auf Erden sind hingegen weiblich und/oder nicht-weiß. Das Judentum stellt für Steiner nicht mehr als einen »Fehler der Weltgeschichte«<sup>18</sup> dar. Steiners Rassismus ist nicht biologisch, sondern in erster Linie mystisch, mit dem Versuch die neognostischen Ausführungen durch eine anthroposophische Scheinwissenschaft zu säkularisieren<sup>19</sup>. 2007 versuchte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Schriften Steiners auf den Index zu setzen<sup>20</sup>. Auf der Website des »Studienkreises für gnosti-

sche Kultur« sind eben diese Schriften als »wells of profound wisdom« angekündigt. Weiter: »The work of Rudolf Steiner is grandiose [...] Steiner was a true Rosicrucian Gnostic«.

Die esoterischen Lehren des Psychologen Carl Gustav Jung dienen der neognostischen Sekte ebenfalls als Vorbild. Für Jung war die Gleichschaltung der Nationalsozialist\_innen nichts weiter als die »Erkenntnis und Bekenntnis der Seele«<sup>21</sup>, auf deren Suche sich auch der »Studienkreis für gnostische Kultur« an der FU machen wollte. Nach Jung und dem »Studienkreis« verlieren die

## Ideologische Indoktrination auf dem Weg zum Übermenschen

Menschen der modernen, liberalen Welt Orientierung und Halt. Die Erlösung sehen beide im Führerkult und der wahren Lehre, durch die sie zum Übermenschen werden. Wie auch Steiners Lehre ist die Mystik Jungs von Antisemitismus durchzogen<sup>22</sup>.

Dass sich all dies hinter dem Titel »Das Leben im Hier und Jetzt« verbarg überraschte während der Recherche nicht nur den AstA FU. Die Universitätsverwaltung zeigte sich über die Inhalte verblüfft, auch die Unterstützung der Gruppe an sich und die Verwendung des FU-Logos erstaunte und schockierte zugleich. Nach der Aufklärung der Universitätsverwaltung durch den AstA wurde die Veranstaltung mit sofortiger Wirkung in den Räumlichkeiten der Freien Universität untersagt. Anscheinend hatte sich der »Studienkreis für gnostische Kultur« als Teil des Lateinamerikainstituts (LAI) ausgegeben und die Räumlichkeiten unter falschem Namen gebucht.

Laut Aussage des Rechtsamts der FU wurde die Sekte nicht unterstützt und habe das Logo der Universität ohne Genehmigung verwendet. Weitere Schritte zur Verfolgung des wider-

rechtlichen Gebrauchs wurden seitens des Rechtsamts eingeleitet. Diese neognostische Sekte ist bei weitem nicht die einzige, die sich mit dem Ruf der FU schmücken und hier werben und propagieren möchte. Bereits vor zwei Jahren veranstalteten die neurechten Esoteriker\_innen von »Global Awareness« einen sogenannten »Healing-Event« mit fast 500 Teilnehmer\_innen in der Mensa II der FU. Im April diesen Jahres füllten sie mit 600 Teilnehmer\_innen das Max-Kade-Auditorium im Henry-Ford-Bau.

Der Gruppierung geht es darum, sich kollektiv in einer Massenmeditation von den schlechten Schwingungen des Holocaust zu lösen, die die deutsche Seele auch heute noch belasten würden. Zum einen findet eine krude Täter-Opfer-Verdrehung statt, in der plötzlich die heutigen Deutschen Opfer des Holocaust sind, quasi in der zweiten, dritten und vierten Generation. Um die eigentlichen Opfer der Vernichtung geht es dabei nicht, vielmehr um die Reini-

gung des kollektiven Bewusstseins, oder wie die Jüdische Allgemeine Zeitung zum Zweck der Veranstaltung titelte: »Die Schoa wegatmen«<sup>23</sup>. Hinter dieser Veranstaltung stehen Andrew Cohen und Ken Wilber, zwei US-amerikanische Sektenführer, denen in den Vereinigten Staaten bereits ein autoritärer Ruf und die Profitorientierung ihrer Pseudoreligion voraussetzt, sowie ihre deutschsprachigen Ableger und Jünger Tom Steininger und Thomas Hübl. Insbesondere Cohen gilt als manipulativer Guru, dem von seinen ehemaligen Gefolgsamen finanzielle und sexuelle Ausbeutung vorgeworfen wird<sup>24</sup>.

Die Orientierung der Gruppe ist ähnlich der des »Studienkreises für gnostische Kultur«. Zwar legen sie kein offensiv menschenverachtendes Weltbild an den Tag, nichtsdestotrotz wird eine nächste Ebene des Menschseins suggeriert, zu der mensch nur durch die Aufgabe der eigenen Identität im Kollektiv und die Befolgung der esoterischen und verschwommenen Lehren von »Kosmozentrismus«, »integralelem Bewusstsein« und allumfassenden Weltklärungsversuchen gelange. Rationalität? Das ist doch »Flachlanddenken«<sup>25</sup>.

Einen wissenschaftlichen Anstrich möchte mensch der New-Age-Esoterik trotzdem verpassen. Hinzu kommen die finanziellen Interessen der Gruppe. Der Massen-Event war kostenlos und diente lediglich zum Anfüttern der esoterisch Interessierten. Vor den Türen des spirituellen Raums wurden DVDs, CDs und Bücher der Veranstaltungen sowie ihrer zentralen Köpfe zum Kauf angeboten. Am Folgetag fand für diejenigen, die sich von der Schoa reinmeditieren wollen, ein Workshop statt. Kosten: 40 Euro. Wie »Global Awareness« an die Räumlichkeiten des Studentenwerks und der Universität gelangt ist, ist uns bisher nicht bekannt.

Die beiden aktuellen Beispiele umtriebiger Sekten an der Freien Universität zeigen, dass es Augen und Ohren offenzuhalten gilt. Bereits die Namensgebung des »Studienkreis für gnostische Kultur«

lässt eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen vermuten. Durch den Raum Universität soll die esoterische Lehre als wissenschaftliche legitimiert werden. Dabei wird mit nur scheinbar wissenschaftlichen Begriffen (z.B. »Sexologie« als Wissenschaft der Sexualität oder die Annexion und Umdeutung von Begriffen der Psychologie und Physik) der Versuch unternommen, einen seriösen Eindruck zu erwecken. Die Anlehnung an Steiners Versuche, dasselbe zu tun, wirkt da nur konsequent.

Aufgrund der einleitend beschriebenen Relevanz der Universität für die Gesellschaft stellen die Hochschulen ein Konkurrenzfeld dar, in dem auch Sekten durch zwielichtige Geschäftemacherei, Manipulation, antiaufklärerische Propaganda und esoterische Verklärung zunehmend an Einfluss gewinnen möchten.

Wie aufgezeigt wird auch (oder gerade) die FU mit dem Label der Elite-Uni von sektiererischen Gruppen als potentieller Einflussbereich wahrgenommen. Insbesondere aufgrund der erläuterten Täuschungsstrategien scheint es schwer, Sekten auf den ersten Blick als solche zu erkennen. Es ist daher wichtig und unerlässlich, Menschen über Weltbild und Machenschaften dieser Gruppierungen aufzuklären. Dieser Artikel soll dazu ein erster Beitrag sein.

Falls euch Gruppen oder Veranstaltungen merkwürdig vorkommen, ihr Informationen zu an der FU agierenden Sekten und antiaufklärerischen Gruppen habt, selbst von Mitgliedern solcher angesprochen wurdet oder einfach Interesse habt in einem Arbeitskreis zum Thema Sekten und sektiererische Gruppierungen an der FU mitzuarbeiten, meldet euch bei [kommunikation@astafu.de](mailto:kommunikation@astafu.de).

1 Berliner Hochschulgesetz, §4.

2 Ebd.

3 Origen ist die von der Sekte benutzte Titulierung für den Begründer und Lehrmeister der gnostischen Gruppen im 20. Jahrhundert.

4 Samael Aun Weor, Die perfekte Ehe, 1988, S. 32.

5 Samael Aun Weor, Gnostische Sexologie, 1976, S. 2.

6 Ebd., S. 3.

7 Ebd., S. 11.

8 Ebd., S. 18.

9 Ebd., S. 4.

10 Ebd., S. 11.

11 Ebd.

12 Samael Aun Weor, Der Philosophenstein, S. 117.

13 Samael Aun Weor, Gnostische Sexologie, 1976, S. 6.

14 Ebd.

15 Ebd.

16 Ebd.

17 [www.gnosiskultur.de/gnosis\\_kultur\\_deutsch/HEUTE\\_UND\\_DAMALS.html](http://www.gnosiskultur.de/gnosis_kultur_deutsch/HEUTE_UND_DAMALS.html) (26.05.2010).

18 Die Welt: Wie antisemitisch war Rudolf Steiner?, 29.11.2007. [www.welt.de/welt\\_print/article1411569/Wie\\_antisemitisch\\_war\\_Rudolf\\_Steiner.html](http://www.welt.de/welt_print/article1411569/Wie_antisemitisch_war_Rudolf_Steiner.html)

19 Eine komplette Darstellung der wirren Rassenmodelle Steiners würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Eine kritische Ausführung des Themas ist zu finden bei: Jana Husmann-Ka-

stein: Schwarz-Weiß-Konstruktionen im Rassebild Rudolf Steiners. Vortragsmanuskript. Tagung: Anthroposophie – kritische Reflexionen. Humboldt-Universität zu Berlin, 21.07.2006.

[www2.hu-berlin.de/gkgeschlecht/downloads/veranstalt/2006/Husmann-KasteinProzent20VortragProzent20HUProzent20210706.pdf](http://www2.hu-berlin.de/gkgeschlecht/downloads/veranstalt/2006/Husmann-KasteinProzent20VortragProzent20HUProzent20210706.pdf)  
20 Vgl. die tageszeitung: Diese Waldorfs!, 23.08.2007.

[www.taz.de?id=deutschland&art=3613&id=deutschland-artikel&cHash=91e42d67ab](http://www.taz.de?id=deutschland&art=3613&id=deutschland-artikel&cHash=91e42d67ab).; Spiegel Online: Die Lehre von Atlantis, 03.09.2007. [www.spiegel.de/spiegel/print/d-52809337.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-52809337.html)

21 Heinz Gess: C.G. Jung und die faschistische Weltanschauung, S. 5. [www.kritiknetz.de/jung\\_fasch.pdf](http://www.kritiknetz.de/jung_fasch.pdf)

22 Ein illustratives Beispiel: »Das arische Unbewußte [...] enthält Spannkraft und schöpferische Keime von noch zu erfüllender Zukunft, die man nicht ohne seelische Gefährdung als Kinderstubenromantik entwerfen darf. Die noch jungen germanischen Völker sind durchaus imstande, neue Kulturformen zu schaffen, und diese Zukunft liegt noch im Dunkeln des Unbewußten in jedem Einzelnen, als energiegeladene Keime, fähig zu gewaltiger Flamme. Der Jude als relativer Nomade hat nie und wird voraussichtlich auch nie eine eigene Kulturform schaffen, da alle seine Instinkte und Begabungen ein mehr oder weniger zivilisiertes Wirtsvolk

voraussetzen. [...] Meines Erachtens ist es ein schwerer Fehler der bisherigen medizinischen Psychologie gewesen, daß sie jüdische Kategorien [...] unbesehen auf die christlichen Germanen und Slawen verwandte.

Damit hat sie nämlich das kostbarste Geheimnis des germanischen Menschen, seinen schöpferisch-ahnungsvollen Seelengrund als kindisch-banalen Sumpf erklärt [...] [Freud] kannte die germanische Seele nicht, so wenig wie alle seine germanischen Nachbeter sie kannten. Hat sie die gewaltige Erscheinung des Nationalsozialismus [...] eines Besseren belehrt? [...] Eine Bewegung, die ein ganzes Volk ergreift ist auch in jedem Einzelnen reif geworden.« Jung, C.G.: Zur gegenwärtigen Lage der Psychotherapie, 1934, S. 190f, In: Gesammelte Werke 10, S. 181ff.

23 Jüdische Allgemeine Zeitung: Die Schoa wegatmen, 26.04.2010. [www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/7290](http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/7290)

24 Über seine Manipulation und Grausamkeiten berichtet seine Mutter in Tarlo, Luna: Mother of God, 1997. Autonomedia. Eine Darstellungen seiner Methoden seitens ehemaliger Anhänger\_innen: Yenner, William and contributors.: American Guru: A Story of Love, Betrayal and Healing, 2009.

25 Mehr dazu: Junge Welt: Die Integritäten, 12.05.2010.

[www.jungewelt.de/2010/05-12/022.php](http://www.jungewelt.de/2010/05-12/022.php)

# Kritiker zu Rentnern

Das neue Präsidium nutzt die Gunst der Stunde und schickt den kritischen Prof. Hajo Funke kurzerhand in den Ruhestand

Von der FSI OSI

Am Mittwoch, dem 12. Mai, hat der Erweiterte Akademische Senat (AS) der FU Berlin einen neuen Präsidenten und eine neue Erste Vize-Präsidentin gewählt. Überschattet wurde die Wahl von Vorwürfen, dass das Ergebnis von vornherein feststanden habe. Derlei Vorwürfe kommen nun aber fast nur noch von Seiten der Studierenden – einer der prominentesten Kritiker des Präsidialamtes in den vergangenen Jahren, OSI-Professor Hajo Funke, wurde vor Kurzem in einer fragwürdigen Aktion abgesägt.

Hajo Funke dürfte vielen am OSI und, durch sein Engagement während der Bildungsproteste der letzten Semester, an der FU ein Begriff sein. Als einer von mittlerweile wenigen Profs war er ein Überbleibsel aus der Zeit, als das OSI als »rote Kaderschmiede« in der ganzen BRD bekannt (um nicht zu sagen: berüchtigt) war. Seine Stelle, Politik und Kultur, wurde schon vor Jahren aus dem Strukturplan gestrichen, Funke blieb als Inhaber einer »Überhangprofessur« jedoch weiterhin am Institut. Seine Seminare waren bei vielen Studierenden beliebt und folglich gut besucht; seine Forschungen zu Rechtsextremismus in der BRD und zu den politischen Verhältnissen in den USA machten ihn auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Darüber hinaus war Hajo Funke stets auch ein politischer Akteur im Institut, am Fachbereich und im Akademischen Senat. Hier ist seine Rolle jedoch

deutlich zwiespältiger zu bewerten als seine Leistungen in Lehre und Forschung. Zwar gab sich Funke häufig als einer der schärfsten Kritiker des BA-/MA-Systems, der Ökonomisierung der Uni, der IB-lastigen Ausrichtung des OSI und nicht zuletzt des Lenzen-Präsidiums, jedoch blieb sein tatsächliches Abstimmungsverhalten oft weit hinter seiner Rhetorik zurück: So stimmte Hajo Funke mehrmals gegen das Diplom am OSI, trug die Hinhaltenaktik des früheren Dekanats in Sachen Ideengeschichte zumindest teilweise mit und versuchte immer mal wieder mit fragwürdigen Kompromissen, die Positionen der studentischen Gremienvertreter\_innen aufzuweichen, natürlich ohne, dass ein vergleichbares Entgegenkommen von professoraler Seite gefordert wurde oder eingetreten wäre. Diese Politik hat in den letzten Jahren – leider – zu einer Entfremdung zwischen vielen der politisch aktiven Menschen am OSI und Hajo Funke geführt.

Doch während den Studierenden allenfalls eine Schimpftirade beim abendlichen Bier nach der Institutsrats-sitzung bleibt, um ihrer Verärgerung über bestimmte Aktionen von Hajo Funke Ausdruck zu verleihen, stehen natürlich einem Präsidium, zumal einem so mächtigen wie dem der FU, ganz andere Mittel zur Verfügung. Denn bei aller Kritik an der von ihm vertretenen Politik, eins muss mensch Hajo Funke zu Gute halten: er war einer der hartnäckigsten Kritiker des Präsidiums und des »Die Uni bin Ich«-Präsidenten Dieter Lenzen (Zi-

tat »Die Zeit«). Sowohl bei der Affäre um die Berufung von Albert Scharenberg als auch im Streit um die Bibliotheken des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaft und bei der Nominierung der studentischen Vertreter\_innen in die Kommission für Lehrangelegenheiten (KfL), bezog Hajo Funke konsequent und wortmächtig Stellung gegen das Präsidium.

Dass das Präsidium und vor allem die frühere Erste Vizepräsidentin Ursula Lehmkuhl nicht gut auf den OSI-Professor Funke zu sprechen waren, ist seit langem ein offenes Geheimnis. Umso anrühlicher wird die Ablehnung des Antrags auf Verlängerung von Funkes Stelle. Diese lief nämlich zum Ende des Wintersemesters 2009/10 wegen Erreichen der Altersgrenze aus, auf gut Deutsch: Hajo Funke sollte in Rente gehen. Nun ist es für Hochschullehrer\_innen möglich, ihren Vertrag bis zu dreimal um jeweils ein Jahr verlängern zu lassen. Eine solche Verlängerung verlangt aber die Zustimmung des Präsidiums, außerdem muss die Finanzierung gesichert sein – das heißt, die Verlängerung erfolgt entweder auf einer vorgesehenen Stelle, für die ohnehin Geld da ist, oder wird durch Umlagen oder Drittmittel finanziert.

Hajo Funke stellte nun kurz vor Ende seiner Dienstzeit einen Antrag auf Verlängerung. Die Finanzierung aus Mitteln des Dekanats am Fachbereich Pol-Soz war gesichert, dem Präsidium wären keine Kosten entstanden. In einer internen Abstimmung sprachen sich drei von fünf Mitgliedern des Präsidiums für

die Verlängerung aus. Doch nun schlug die Stunde der Ursula Lehmkuhl: Als zu der Zeit geschäftsführende Präsidentin machte sie von ihrer »Richtlinienkompetenz« gebrauch und lehnte die Verlängerung ab. Der (angebliche) Grund: die fehlende Beteiligung Funkes an drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten in den letzten Jahren. Der nicht nur von Studierenden erhobene Vorwurf lautet dagegen: Hier sollte ein bekannter Kritiker des Präsidiums mundtot gemacht werden.

Die Absage an Hajo Funke ging so kurzfristig ein, dass eine gerichtliche Einigung nicht mehr möglich war. Das Ergebnis: Seit dem 1. April 2010 ist Hajo Funke offiziell im Ruhestand. Dem OSI geht damit eine der letzten kritischen Stimmen verloren und einer der wenigen Verfechter der Ansicht, dass Politikwissenschaft mehr sein muss als Internationale Beziehungen und Governanceforschung.

Seitdem Dieter Lenzen nach Hamburg entschwinden ist und nun dort die Studierenden mit neoliberaler Konkurrenzschleiße, Exzellenzwahn und Top-Down-Verwaltung beglücken darf, sucht die FU eine\_n neue\_n Präsident\_in. Ein transparentes Verfahren sollte es werden, in dem viele Bewerber\_innen eine gleichberechtigte Chance haben sollten. Dass das nicht funktionieren würde, so lange der bisherige Lenzen-Klüngel im Akademischen Senat (AS) die Zügel in der Hand hält, hätte eigentlich klar sein müssen. In der Sichtungskommission für mögliche Kandidat\_innen war gerade

mal ein Sitz für die Studierenden reserviert; unter 14 Bewerber\_innen wurde ein Einziger als Kandidat vorgeschlagen: Peter-André Alt, Literaturwissenschaftler und Direktor der Dahlem Research School.

Selbst die Berliner Zeitung berichtete von einem abgekarteten Spiel, da gleichzeitig mit Alt das AS-Mitglied Monika Schäfer-Körting als Erste Vizepräsidentin gewählt werden sollte. Schäfer-Körting ist über die Liste der so genannten »Liberalen Aktion« in den AS gewählt worden, einer Wahlliste die den parlamentarischen Arm der »Notgemeinschaft für eine Freie Universität« (NoFU) darstellte. Die NoFU machte in den 1970er und 80er Jahren von sich reden, weil sie (vermeintlich) linke Studierende bespitzelte und deren Namen an mehr als 1700 Stellen in der gesamten BRD verschickte, was für viele in Zeiten des Radikalenerlasses ein vorzeitiges Karriereende bedeuten konnte.

Um den Anschein einer demokratischen Wahl unter mehreren Kandidat\_innen zu wahren, wurden schließlich noch ein Bewerber und eine Bewerberin eingeladen, sich vor dem AS vorzustellen: Raúl Rojas, Informatiker an der FU, und Christiane Lemke, Politikwissenschaftlerin von der Uni Hannover. Nach der Vorstellung ihrer jeweiligen Programme im Akademischen Senat zog Rojas seine Kandidatur direkt im Anschluss zurück; Christiane Lemke folgte zu Beginn dieses Semesters. Somit blieben nur Peter-André Alt als Kandidat für das Amt des Präsidenten und Monika

Schäfer-Körting als Erste Vizepräsidentin übrig. Das Studierendenparlament rief die studentischen Vertreter\_innen im Erweiterten Akademischen Senat dazu auf, die Wahl zu boykottieren. Da die professorale Mehrheit aber bereits im Vorfeld so wunderbar ausgeklüngelt wurde, ging die Wahl von Alt und Schäfer-Körting erwartungsgemäß vonstatten.

Nach dem Geziehe um die Juniorprofessur von Albert Scharenberg haben sie, dank des erneuten rechtswidrigen Eingriffs von Prof. Dr. Ursula Lehmkuhl in Personalangelegenheiten, schon mal einen Kritiker weniger.

Und auch davon, worauf sich protestierende Student\_innen unter dem neuen Präsidium gefasst machen können, gibt Monika Schäfer-Körting einen ersten Vorgeschmack: Die Anzeigen gegen die Besetzer\_innen des Hörsaals 1A, die am 14. Februar aus der Silberlaube geräumt wurden, werden von der Unileitung aufrecht erhalten.

- 
- 1 Internationale Beziehungen wird am OSI vor allem systemaffirmativ und unkritisch gelehrt.
  - 2 [www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/0,1518,503501,00.html](http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/0,1518,503501,00.html)
  - 3 [fsiosi.blogspot.de/2008/01/23/vonbestandsbereinigung-runden-tischen-und-praesidialer-entscheidungsfindung](http://fsiosi.blogspot.de/2008/01/23/vonbestandsbereinigung-runden-tischen-und-praesidialer-entscheidungsfindung)
  - 4 [www.astafu.de/aktuelles/archiv/a\\_2009/presse\\_03-29](http://www.astafu.de/aktuelles/archiv/a_2009/presse_03-29)
  - 5 [www.tagesspiegel.de/wissen/fu-studenten-wollen-wahl-anfechten/1803878.html](http://www.tagesspiegel.de/wissen/fu-studenten-wollen-wahl-anfechten/1803878.html)



# Mitspracherecht / Hausfriedensbruch



Für Studierende ist es oft nicht leicht an der Universität ernstgenommen zu werden. Wegen der strukturellen Lehr- und Lernvorgaben ist die eigene Meinung in Seminaren und Vorlesungen meist »nur« eine studentische. Mehr Beachtung findet die der Dozierenden, oder besser noch eine professorale. Mehr oder weniger informelle Hierarchien, wo man an der Uni auch hinschaut.

Doch manchmal sind sie noch wesentlich formeller. Beispielsweise wenn es um die innere Ausgestaltung der Universität geht. Denn in Fragen von Forschung und Lehre liegt die Entscheidungshoheit laut dem deutschen Verfassungsgericht immer bei der, gesamtuniversitär gesehenen, professoralen Minderheit.

Oder, bezogen auf die universitären Gremien, bei der professoralen Mehrheit, die dort strukturell herrscht. Kurz: die Position Studierender ist

sowohl in den täglichen Veranstaltung, als auch beim Versuch die Uni mitzugestalten, eine beschissene. Um überhaupt Diskussionen zu anzuregen, oder besser noch: Diskussionen auf Augenhöhe, sind daher Mittel und Räume nötig, die sich dem Hoheitsraum der herrschenden Professor\_innenkaste entziehen.

Eben diese Versuche wurden in den letzten Semestern gestartet.

Doch statt sich mit den Studierenden über Belange, Ideen, Wünsche und Forderungen zu unterhalten, bediente man sich der Staatsgewalt um Studierende dahin zurückzudrängen wo sie hingehören: zum Ja-Sagen in die Seminare und zur Scheinlegitimation der professoralen Entscheidungen, in die Gremien, wo sie auch nichts zu sagen haben.

Eins ist dabei aber klar: Ewig kann so nicht mit der Mehrheit der Mitglieder einer Universität umgesprungen werden.

Zwei Beispiele:

von Johanna Strass

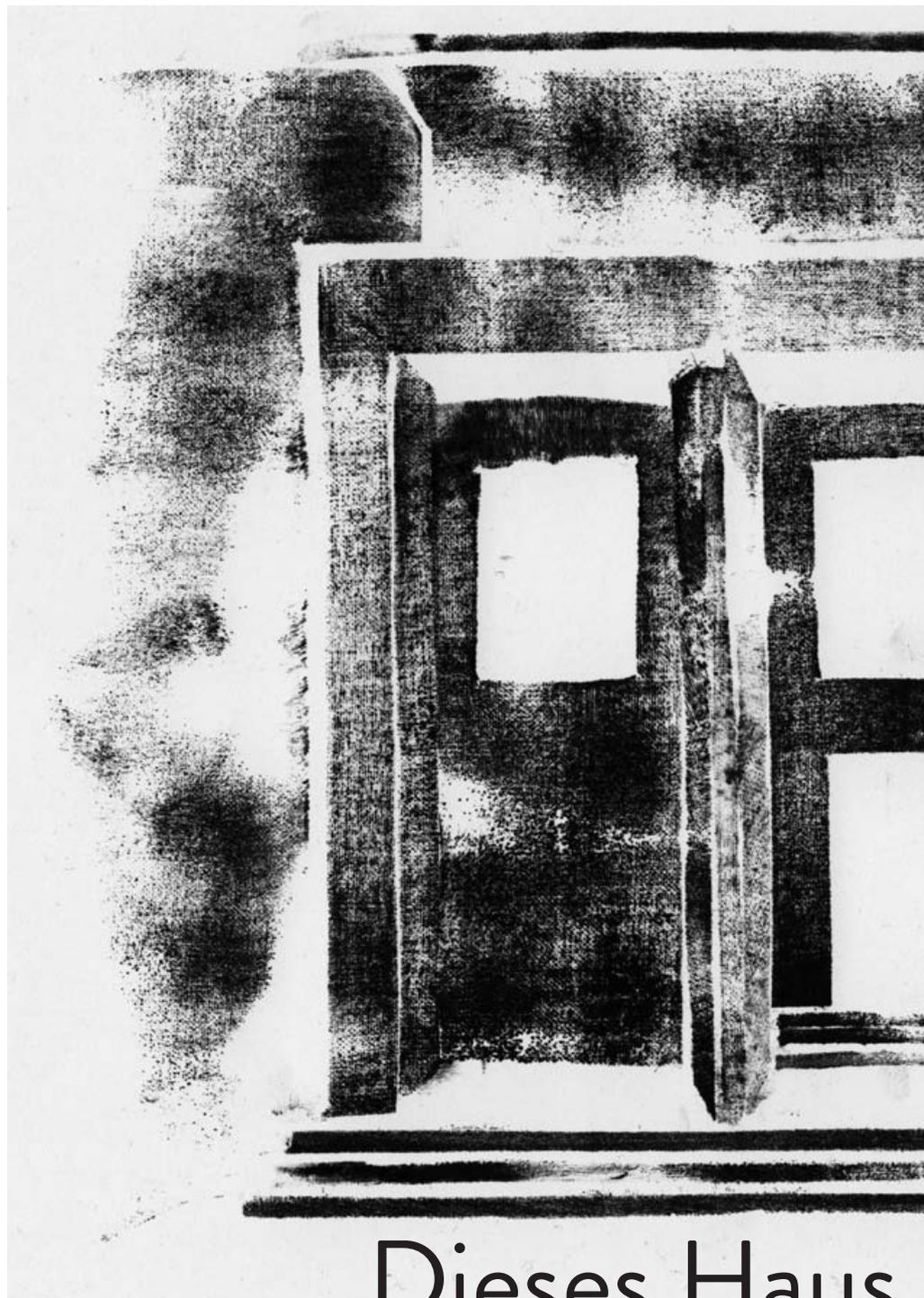
Vor bald einem Jahr haben Studierende der FU während der bundesweiten Bildungsstreikwoche das Präsidium ihrer Uni besetzt.

Die vorangegangenen Tage, insbesondere das Verhalten der Unipräsidien bezüglich der Großdemonstration am 14. Juni, hatten gezeigt, dass diese den Protest der Schüler\_innen und Studierenden instrumentalisieren und ihn für ihre Interessen in der Verhandlung mit der Politik nutzen wollten. Sowohl das Präsidium der FU als auch andere Universitäten und Schulen hatten Schüler\_innen und Studierenden mit so anbiedernden Kommentaren wie »Wir stehen auf eurer Seite, wir wollen doch alle mehr Geld für die Bildung« großzügig einen Tag frei gegeben, um zu demonstrieren.

Mitten in den Hochschulvertragsverhandlungen mit dem Land Berlin ging es für leitende Unigremien um viel Geld. Da ist es natürlich strategisch günstig, 10 000 protestierende Studierende als Druckmittel zu haben.

Aber diese 10 000 Studierenden gingen nicht nur gegen die Finanzpolitik des Berliner Senats in Sachen Bildung auf die Straße, sondern gegen das ganze Bildungssystem, von dem jedes Unipräsidium ein Teil ist. Und insbesondere dieses Präsidium ließe sich wohl als aktiver Part in der Ausrichtung und Entwicklung, die das Bildungssystem derzeit hat und nimmt, beschreiben.

Präsident Lenzen, Verfechter einer neoliberalen Politik im Kleide der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«, dessen Gründungsmitglied er unter anderem war, hat verschiedentlich bewiesen, dass er »seine FU« als Vorreiterin in der Veränderung der deutschen Hochschullandschaft sieht. So war sie eine der ersten Unis, die mit der Einführung der verschulten und verdummenden Bachelor-Studiengänge begann und Teilnehmerin sowie Gewinnerin des Exzellenzwettbewerbs und damit »Eliteuni« wurde. Diese beiden Eckpunkte können hier symbolisch für eine Hochschulge-



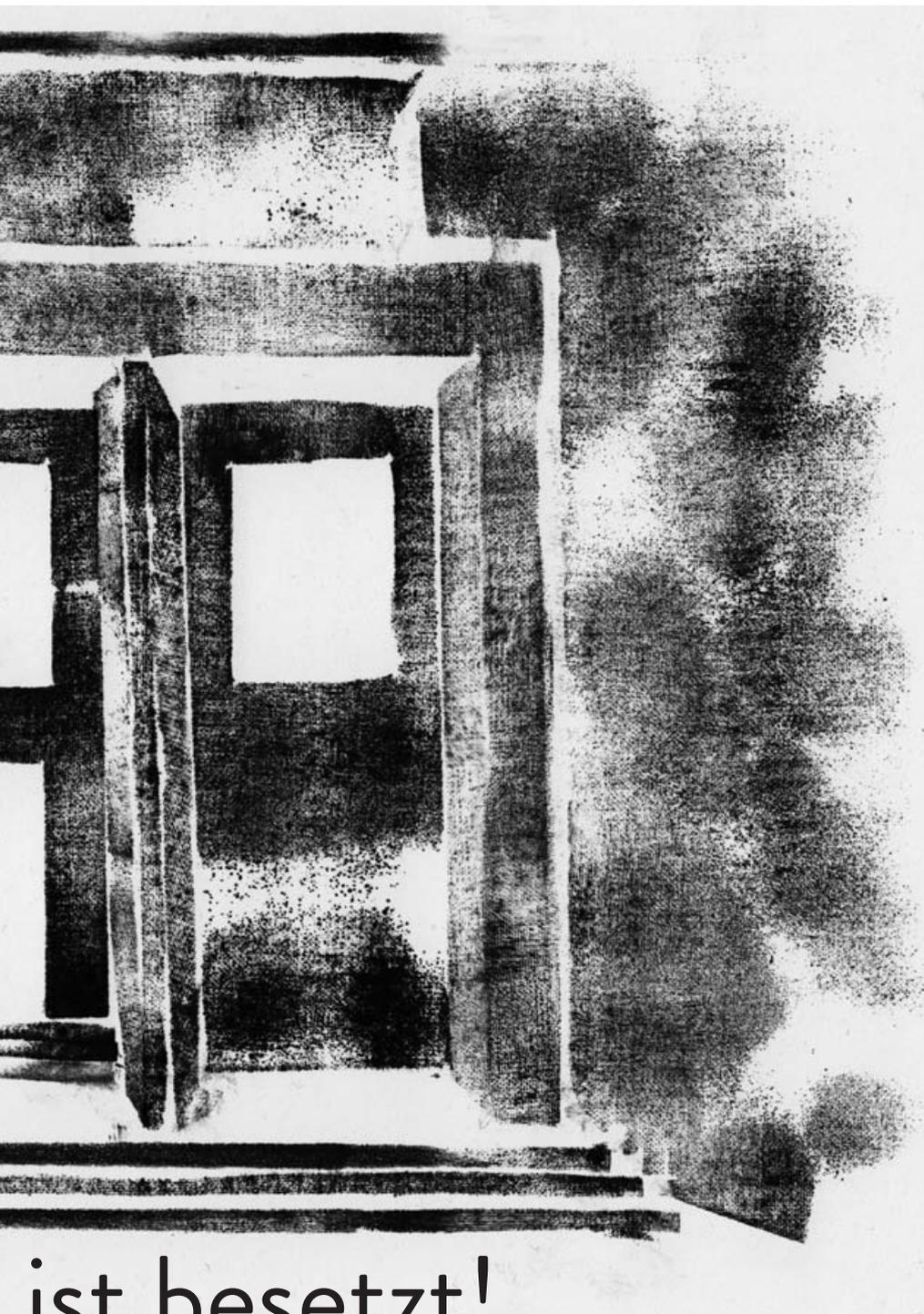
# Dieses Haus

DAS FU-PRÄSIDIUM WAR BESETZT

staltung stehen, in der Konkurrenz und Marktorientiertheit immer wichtiger werden. Das alles geschieht auf Kosten von kritischer Wissenschaft und selbstbestimmtem Lernen.

Was heißt hier eigentlich Verantwortung? Das Präsidium versuchte vorzugeben, nicht die Verantwortung für diese Bildungspolitik zu tragen. Es spielte jedoch sowohl in uniübergreifenden Entwicklungen immer eine Rolle, als auch, und das ist hier der entscheidende Punkt, in univeritätsinternen Pro-

zessen. Ein Unipräsidium hat durchaus recht große Handlungsspielräume was universitätsinterne Politik angeht, die es z.B. auch für eine Scheißumstrukturierung zur »Internationalen Netzwerkuniversität« nutzt. Hier setzt das FU-Präsidium deutliche Zeichen: Das oben genannte Zukunftskonzept und der dazugehörige, einige hundert Seiten lange Text sprechen eigentlich für sich, aber auch immer mehr Kürzungen in kritischen Fächern oder Fachgebieten (z.B. die mit studentischem Nachdruck



# ist besetzt!

## UND WURDE GERÄUMT

geforderte Besetzung der Professur für Politische Ideengeschichte am Otto-Suhr-Institut), Investitionen in fragwürdige Forschungsprojekte (z.B. die Zusammenarbeit zwischen dem FU-Informatik-Institut und der Berliner Polizei), immer weniger Mitspracherecht in allen Belangen und immer mehr »Top-down«-Strategie setzen ein deutliches Zeichen.

Und jetzt wollen sie keine Verantwortung für Missstände im Bildungssystem tragen, sondern auch noch so tun,

als wollten sie das Gleiche wie die Protestierenden?

»Da machen wir nicht mit«, sagten sich einige Studierende und besetzten kurzum das Präsidium – nicht um Forderungen zu stellen, sondern um zu zeigen: »Wir können auch selbst Verantwortung übernehmen, uns den Raum und die Zeit nehmen um sie zu gestalten, Bildung selber machen«. Zu den anfänglich nur wenigen Studierenden kam nach kurzer Zeit ein großer Teil der zuvor abgehaltenen Vollversammlung

dazu, die auch noch ins Gebäude hinein konnten, sodass mehrere hundert Leute den Balkon und die Treppenhäuser füllten. Als sich die Belegschaft des Präsidiums verzogen hatte, wurde unter beständigen Räumungsdrohungen des Präsidiums ein Besetzer\_innenplenum im Treppenhaus abgehalten, das sich unter anderem auf dringlichste Anliegen einigte: die Abschaffung der Anwesenheitspflicht, freie Wahlmöglichkeiten für Studienmodule, Viertelparität in den akademischen Gremien, die Abschaffung der Erprobungsklausel, die Infragestellung von Dieter Lenzen als Präsident sowie die Straffreiheit der Besetzer\_innen. Das Präsidium zeigte sich nicht verhandlungsfähig, Gesprächsaufnahmen während der Besetzung wurden verweigert. Voraussetzung für ein Gespräch über die Forderungen sei das freiwillige Verlassen des Gebäudes, Änderungen an der bestehenden Studiensituation wurden jedoch nicht in Aussicht gestellt.

Das Plenum der Besetzer\_innen schlug das fadenscheinige Gesprächsangebot daher folgerichtig aus. In einem brutalen Polizeieinsatz, bei dem es zu Platzwunden, Schlägen und Würgegriffen gegen die friedlich agierenden Studierenden kam, räumte die Berliner Polizei daraufhin den Vorplatz des Präsidiums. Die zweihundert im Gebäude verbliebenen Studierenden überforderten die Polizei. Trotz Räumungsanweisung einigten sie sich mit den Besetzer\_innen auf Straffreiheit und ließen sie schließlich gehen. Dabei brach die Polizei die getroffenen Absprachen und nahm eine Person vorübergehend fest. »Noch einmal in aller Klarheit: Wir protestieren nicht gemeinsam mit Dieter Lenzen. Das FU-Präsidium ist ein Teil des Problems, was die Besetzung wohl verdeutlichte.

Dass das Präsidium nicht in der Lage ist, angemessen zu reagieren, sondern eine friedliche Besetzung mit Polizeigewalt beantwortet, bestätigt unsere Einschätzung: Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Anliegen der Studierenden widerspricht der Politik des Präsidiums«, so Hochschulreferent Patrick Schukalla.

# Einsatz auf dem Campus

Dürfen sie, was sie wollen?  
Wollen wir, dass sie's können?



Von André Kutschki

**P**olizeibesuch auf dem Campus hat Tradition. In den letzten Semestern fand sich die Polizei immer häufiger auf dem Campus der FU ein. Ist es Wert sich damit zu beschäftigen? Immerhin sind Universitäten öffentliche Bildungseinrichtungen der Länder und die Polizei das Exekutivorgan des Staates. »Wer nichts verbrochen hat, braucht sich darum nicht zu sorgen«, so argumentieren

Menschen, die ein herausgehobenes Hochschulrecht voraussetzen, welches sich auf die Freiheit der Wissenschaft bezieht. Diesen verharmlosenden oder gleichgültigen Ansichten soll hier widersprochen werden. Universitäten sind für Studierende ein Lebensraum und wie erschreckend ist die Vorstellung, dass die Polizei durchs eigene Wohnzimmer spaziert.

Zunächst ist es ganz interessant sich zu vergegenwärtigen, wann die Polizei auf dem Gelände der Universität

war. OUT OF DAHLEM 8 berichtete, dass zur Immatrikulationsfeier im Wintersemester 2008/09 den Besuch des Bundespräsidenten Horst Köhler 15 Mannschaftswagen sicherten. Zugegeben ein etwas extremes Beispiel, denn nicht jeden Tag ist der Präsident der Bundesrepublik an der Uni. Dass Köhler seine eigene Eskorte erhält, mag ja angehen, aber dass das Präsidium diese Gelegenheit nutzt, um die selbstbestimmte Ausgestaltung einer Immatrikulation von neuen Studierenden zu verhindern, ist

nicht tragbar. Vielmehr ist die alternative Immafeier durch die Anwesenheit der Staatsmacht kriminalisiert worden, obwohl es sich nur um das berechtigte Anliegen handelte, einen neuen Lebensabschnitt zu feiern. Dass diese Gelegenheit außerdem genutzt wurde, die Daten aller Teilnehmenden durch den Staat zu prüfen, ist eine massive Einschränkung ihrer Selbstbestimmung die durch das Präsidium ohne Einspruch geduldet wurde.

Ein weiteres extremes Beispiel ist die Zeit der Hörsaalbesetzung im Wintersemester 2009/10. Am 11. November 2009 wurde in einer studentischen Vollversammlung der FU die Besetzung des Hörsaals 1A beschlossen. Die Besetzer\_innen gestalteten in den drei Monaten der Besetzung ein abwechslungsreiches Kulturprogramm und alternative Informationsveranstaltungen. Während dieses Zeitraums waren mehrmals, vermutlich sogar täglich, Streifenpolizist\_innen in der Uni, um die Anzahl der Besetzenden in Erfahrung zu bringen. Einmal standen sogar zwei Staatsbeamte\_innen im durch die Besetzung geschaffenen Freiraum. Unklar ist, ob, wie oft und zu welchem Zweck Zivilpolizei im Hörsaal im Einsatz war.

Am 14. Februar 2010 betraten schließlich circa 40 Uniformierte die Silberlaube, um im Auftrag des Präsidiums den Hörsaal zu räumen. Die Räumung erfolgte Sonntagmorgen gegen zehn Uhr. Zehn der Besetzer\_innen entschlossen sich, der Aufforderung nicht freiwillig nachzukommen und wurden dafür von der Polizei in Gewahrsam genommen. Das Präsidium entschied in den folgenden Wochen, die Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs gegen die zehn friedlichen Besetzer\_innen ohne weitere Begründung aufrecht zu erhalten.

Selbst im Semester nach der Räumung, in diesem Sommersemester also, war wieder Polizei im Haus. In der Woche vom 12. bis 16. April 2010 war, wie gesicherte Quellen angaben, mindestens zweimal die Kriminalpolizei in der Silberlaube. Der Grund soll die (unbegründete) Vermutung der Polizei gewesen sein, es habe Pläne für eine Neubesetzung gegeben.

Doch was genau ist das konkrete Problem bei der Anwesenheit der Staatsmacht in der Universität?

Am Beispiel der Räumung wird deutlich, wie einzelne Personen, die sich mit einem Mittel des zivilen Ungehorsams für eine bessere Bildung einsetzen, durch den Einsatz der Polizei im Auftrag der Unileitung kriminalisiert wurden. Zum einen handelt es sich bei dem Vorgehen des Präsidiums um eine Beschneidung der studentischen Selbstbestimmung, zum anderen wird die Repression gegen Mitglieder der FU vom Präsidium billigend in Kauf genommen.

Die Tatsache, dass eine kleine exklusive Minderheit, im Falle der FU das Präsidium, darüber bestimmt, wann und zu welchem Zweck die Polizei das Ge-

Wer schützt die Polizei?

Oder sagen wir: ein Student geht spazieren vorm Parlament.

Ja, was denkt sich der dabei?

Schützen wir die Polizei!

Denn für Studenten haben wir sowieso nie Platz.

Die sollen doch erst was lernen, vorher sind die für die Katz.

Und wenn sie protestieren,

Wer beschützt die Polizei?

Was ist schon ein Revolver und ein Knüppel oder zwei?

—Georg Kreisler

lände betritt, ist einer Machtmonopolisierung gleich. Dass auch ein anderer Umgang möglich ist, zeigt das Beispiel der Technischen Universität Athen, an der es allgemein üblich ist, dass ein Rat aus jeweils einer Vertreter\_in der Professor\_innen, der Mitarbeiter\_innen und der Studierenden einstimmig darüber zu befinden hat, ob der Polizei Zugang gewährt werden soll. Diese Regelung ist aus den Erfahrungen eines Massakers an der athenischen Universität gegen Ende der faschistischen Militärregierung hervorgegangen.

In der Bundesrepublik gibt es solche Massaker-Erfahrungen nicht, was nicht heißen muss, dass eine ähnliche Regelung nicht auch hier sinnvoll wäre. Das üblicherweise gegen die paritätische Besetzung von Gremien angebrachte

Gegenargument, das Bundesverfassungsgerichtsurteil nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfGE 35, 79; Urteil vom 29. Mai 1973) muss es in Gremien in denen lehr- und forschungsrelevante Themen beschlossen werden, eine professorale Mehrheit geben von 1973, muss hier irrelevant sein: Beim Umgang mit der Polizei an der Universität handelt es sich wohl kaum um eine Frage der Freiheit von Forschung und Lehre.

Grundsätzlich kann der Einsatz von Polizei an der Uni kritisiert werden, da so ein gewaltsamer Eingriff, in einen eigentlich gewaltfreien Raum stattfindet. Hochschulen haben eine gesellschaftliche Aufgabe, deren Ausrichtung nicht durch Repression erzwungen werden darf.

Wenn mensch die derzeitige Tendenz der Militarisierung der Polizeieinheiten hinzunimmt, wird klar, dass bewusst die Gesundheit von Menschen riskiert wird, die mit dem Staat in Konflikt geraten können. Grade dieser lebens-, oder zumindest gesundheitsgefährdende Konflikt wurde durch das Verhalten des Präsidiums provoziert.

Insbesondere angesichts des griechischen Beispiels ist es nicht sinnvoll anzunehmen, dass kollektive Akteure wie Staaten keine Verbrechen begehen können. Der Sinn einer Konzentration von Waffen und Gewalt in Händen der Polizei in Institutionen, wie zum Beispiel der Universität ist fraglich. Zwischenfälle in Universitäten sind meist so belanglos, dass die Anwesenheit von bewaffneten Polizeibeamte\_innen eher eskalierend wirken kann oder völlig unnützlich ist.

Wäre es der Unileitung nicht so einfach möglich, Studierende polizeilich aus einem Hörsaal zu räumen, wären sie gezwungen in eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Forderungen zu treten. Die Unileitung hat in diesem Fall kein Verbrechen verhindert, sie hat sich nur unter zu Hilfenahme der Staatsmacht einer dringend nötige Diskussion entzogen.

---

1 Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfGE 35, 79; Urteil vom 29. Mai 1973) muss es in Gremien in denen lehr- und forschungsrelevante Themen beschlossen werden, eine professorale Mehrheit geben.

## Studi-Cafés zu Mehrzweckbüros

# HISTO-CAFE O MUERTE

Der studentische Freiraum am Geschichtsinstitut bleibt (räumungsbedroht). Seit über zehn Jahren existiert das Histo-Café im Friedrich-Meinecke-Institut für Geschichtswissenschaft. Schon mehr als ein halbes Jahr droht die Verwaltungsleitung der Geschichts- und Kulturwissenschaften mit der teilweisen Räumung. Durch studentische Proteste konnte die bisher verhindert werden.



## Von der FSI Geschichte

Das Histo-Café ist ein im Streik des Wintersemesters 1988/89 erkämpfter studentischer Freiraum. Ursprünglich in der Silberlaube, wurde es mit dem Umzug des Instituts für Geschichte in die Räume A111 und A112 der Koserstr. 20 verlegt und existiert dort bereits mehr als 10 Jahre.

Es handelt sich um die einzigen studentisch selbstverwalteten Räumlichkeiten am Institut. Das Histo-Café bietet einen Gegenpol zum üblichen anonymen Massenbetrieb an der FU und macht das sonst so sterile Friedrich-Meinecke-Institut zu einem sozialen Ort, jenseits der ansässigen Verwaltungsbüros und der in weiß gehaltenen Lernfabrikatmosphäre. Neben der Verzauberung des Instituts zu einem Fleck mit menschlichem Gesicht und fair gehandeltem Café gegen Spende, ist das Histo-Café auch ein explizit politischer Ort.

Studentische Selbstverwaltung und Raum zur Entfaltung sind an einem hierarchisch durchorganisierten und leistungsorientierten Ausbildungsbetrieb, wie sie die FU mittlerweile darstellt, keine Selbstverständlichkeit. So ist das Histo-Café ein Ort an dem studentische Projekte und Gruppen, wie beispielsweise die FSI Geschichte, aktiv sind. Das Café soll ein offener Freiraum sein, frei und offen für alle, aber auch frei von Diskriminierung, Herrschaftsmechanismen und kapitalistisch-verwertender Logik.

Anfang des Jahres kündigte der Verwaltungsleiter Michael Vallo an, dass neue Räumlichkeiten für Drittmittelstellen benötigt werden. Und da die Studierenden, so Vallo wörtlich, »am Ende der Nahrungskette« angesiedelt sind, sollen Teile der studentischen Freiräume, konkreter der Raum A111, dafür weichen. Dass für die Studierenden somit nur noch knapp 10qm zur eigenen Entfaltung bleiben, ist für die Verwaltung nicht von Belang. Schließlich gibt es Sachzwänge und diese werden gemäß der bestehenden Rangordnung, in

der Studierende bekanntlich ganz unten stehen, gelöst.

Allerdings lassen sich die Studierenden nicht so einfach aus den Räumen verdrängen. Die Uni ist schließlich ein Ort an dem Studierende mitwirken sollen und nicht nur als Gäste in den Hörsälen geduldet sind. An dem Tag der Räumung zeigten zahlreiche Studierende bereits in den frühen Morgenstunden, dass man nicht zu einer weiteren Reduzierung der studentischen Räume am FMI bereit sei. Der Lösungsvorschlag der Fachschaftsini, die studentische Studienberatung in ihren Räumlichkeiten aufzunehmen und somit Büroplätze für zwei Stellen zu schaffen, blieb unbeachtet. Ebenso die Forderung nach dauerhafter Zusicherung der Räume A111 und A112 seitens der Verwaltung oder des Dekanats.

Solang seitens der zuständigen Stellen keine Garantie besteht, dass die Räume nach wie vor studentisch gestaltet und verwaltet und nicht geräumt werden, müssen die Studierenden den Erhalt des Histo-Cafés in seiner jetzigen Form selbst garantieren. Daher hatten sich viele Studierende dazu entschlossen im Café zu bleiben und eine mögliche Räumung zu verhindern, bzw. für Verhandlungen zur Verfügung zu stehen. Um den Aufenthalt angenehm zu gestalten, wurde ein Programm vorbereitet. Es wurden Filme, Workshops und Infoveranstaltungen abgehalten, an denen viele Studierende teilnahmen und somit ihre Entschlossenheit, für den Erhalt des Cafés zu kämpfen, rund um die Uhr zum Ausdruck brachten. Das war zu Beginn der Semesterferien, drei Wochen lang wurde das Café gehalten.

Auch im neuen Semester sind auf die Räumungsdrohung gegenüber des Raums A111 keine Taten gefolgt. Es wurde jedoch regelmäßig das Gespräch mit den Verantwortlichen gesucht und teilweise sah es so aus als ob eine Lösung im Interesse aller Beteiligten angestrebt würde. Es kam im Gespräch mit Dekanin, Verwaltungsleiter und Studierenden zur gemeinsamen Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten: Eine neue

Perspektive eröffnete der »Lichthof« auf dem Gang neben dem Café, der im letzten Semester als Streikcafé genutzt wurde. Dieser könnte möglicherweise in ein neues Büro umgebaut werden.

Dann wären gemeinsam mit dem Raum der Studienberatung ausreichend Büroplätze vorhanden. Zudem wurde gemeinsam diskutiert, wie der sowieso sehr begrenzte studentische Raum am Institut besser genutzt werden könnte, zum Beispiel durch die Entfernung der räumlichen Trennung der beiden kleinen Caféräume und somit die Verbindung der beiden Räume zu einer größeren nutzbaren Fläche. Da es sich um eine dünne Gipskartonwand handelt, wäre deren Entfernung keine aufwendige bauliche Veränderung. Sie wäre jedoch ein bedeutungsvoller Schritt der Institutsleitung auf die Studierenden zu und außerdem eine Form der Anerkennung für die Fachschaftsarbeit der in diesen Räumen aktiven Fachschaftsinitiative.

Diesen Überlegungen sind bisher keine Taten gefolgt und der Informationsfluss am Institut geht nur stockend bis garnicht voran. Die Verwaltungsleitung lässt die Studierenden zappeln indem sie sie schlichtweg ignoriert. Die Studierenden müssen der Verwaltungsleitung geradezu hinterherlaufen um neue Entwicklungen zu erfahren.

So kann angesichts der Aktivitäten, die vom Histo-Café ausgehen, nicht mit Studierenden umgesprungen werden. Dort findet die Koordination der Erstsemester-Orientierungstage und -Fahrt statt, werden studentische Veranstaltungen geplant und die Gremienarbeit am Institut koordiniert. Die Notwendigkeit dessen sollte auch der Verwaltungsleitung bewusst sein und nicht mit solcher Ignoranz begegnet werden. Ein studentischer Café-Raum am FMI ist ein absolutes Muss.

Es hat sich gezeigt, dass entschlossenes Auftreten durchaus zu Erfolgen führen kann und die einzige Möglichkeit ist, um Institutsleben aktiv mitzugestalten. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Geschichte wird gemacht. Histo-Café bleibt (Risikokapital)!

# Aus den Referaten

Hier stellen einige ASTA-Referate ihre aktuellen Projekte vor. Eine Übersicht aller 13 Referate des AStA findet ihr unter [www.astafu.de/struktur/referate](http://www.astafu.de/struktur/referate). Die ASTA-Villa ist in der Otto-von-Simson-Straße 23, gegenüber der Mensa II. Wenn Ihr bei Projekten mitarbeiten wollt, Beratungsbedarf habt oder einfach mal reinschnuppern wollt, kommt vorbei!

## LesBiTrans\* InterA-Referat

Das LesBiTrans\*InterA-Referat bietet Struktur und Raum sich mit Sexismus, Heteronormativität, Homophobie und Trans\*feindlichkeit an der Uni auseinanderzusetzen. Wir schaffen somit die Möglichkeit zur Vernetzung, aber auch zum Treffen und Kennenlernen anderer Lesben, a-/bi-/poly-/pan-sexueller Frauen, Trans\*, Inter\*.

In unserer Beratung (LIS für lesbisch/trans\*-feministische Info und Support) erhaltet ihr neben zahlreichen Informationen zu queeren Veranstaltungen, Gruppen und Örtlichkeiten in Berlin, Coming Out, Safer Sex auch Unterstützung in Fällen von Homo-/Transfeindlichkeit und sexualisierter Gewalt.

Viele spannende Bücher und Zeitschriften lassen sich in unserer Bibliothek finden. Wir sind euch gerne bei der Suche nach Literatur für queer-/feministische Haus- und Abschlussarbeiten behilflich.

Im Sommer werden wir zusammen mit dem Schwulenreferat ein Picknick für Austausch, Plausch und gemütliches Beisammensein organisieren. Weiterhin ist ein Filmreihe zu Lebensumständen von LesBiTrans\*InterA in Planung. Auch an einer Neuauflage unseres Lesecafés, in dessen Rahmen ihr die Möglichkeit habt in unserer kleinen aber feinen Bibliothek zu schmökern und selbstgeschriebenen Texten zu lauschen, basteln wir schon emsig.

Auf weitere tolle Ideen von euch und spannende studentische Projekte sind wir sehr gespannt und möchten euch gerne in euren Vorhaben unterstützen.

Internet: [www.astafu.de/lesben](http://www.astafu.de/lesben)

E-Mail: [lesbitransintera@astafu.de](mailto:lesbitransintera@astafu.de)

## Sozialreferat

Das Sozialreferat widmet sich den sozialen Belangen der Studierendenschaft. Es ist Anlaufstelle für alle Belange sozialer und finanzieller Absicherung und berät parteiisch zu Gunsten der Studierenden. Ziel ist es, eine Verbesserung der sozialen Bedingungen der Studierenden voranzutreiben und euch über aktuelle Missstände und Veränderungen zu informieren.

Eine grundlegende Kritik an sozialpolitischen Themen hochschulpolitischer Relevanz ist dabei nötig, um auch weiterhin in Berlin vehement gegen die Einführung von Studiengebühren, für Barrierefreiheit und die soziale Öffnung der Hochschulen eintreten zu können. In der Praxis konzentriert sich unsere Arbeit v.a. auf die Organisation und Vernetzung des umfangreichen Beratungsangebots des AStA, das euch zu Fragen der Studienfinanzierung (z.B. Bafög oder Leistungen nach dem SGB), aber auch bei Problemen der Ungleichbehandlung oder Ausgrenzung im Uni-Alltag weiterhelfen soll. (Sprechzeiten findet ihr auf [www.astafu.de/service/beratungen](http://www.astafu.de/service/beratungen))

Weiterhin sind für die kommende Zeit – neben verstärkter Öffentlichkeitsarbeit – Veranstaltungen und Workshops geplant sowie die Herausgabe einer Beratungsbroschüre und weiterem Informationsmaterial zum Bafög.

E-Mail: [sozialreferat@astafu.de](mailto:sozialreferat@astafu.de)

# Hochschulpolitisches

## Referat

Das neue Hochschulpolitische Referat (HoPo-Ref) hat seine Arbeit nach der Wahl durch das Studierendenparlament aufgenommen. Für alle Studierenden, die sich für eine emanzipatorische, theoretisch fundierte hochschulpolitische Arbeit an der Uni interessieren, startet ab Mitte Juni der Arbeitskreis Hochschulpolitik (AK HoPo), der Termin wird auf [www.astafu.de](http://www.astafu.de) bekanntgegeben. Je nach Wünschen der Mitstreitenden werden dort sowohl aktiv hochschulpolitische Projekte initiiert und kritisch begleitet, als auch theoretisch die breit gefächerte Uni-Landschaft kennen und verstehen gelernt.

Wir freuen uns auf einen hochschulpolitisch heißen Sommer, in dem wir euch unter anderem die Vorstellung des Buches »Uni brennt« mit Diskussion über die großen Bildungsproteste seit 1968 nahelegen wollen. Dieses gemeinsame Projekt mit dem Kulturreferat und dem Öffentlichkeitsreferat wird im Juli im Audimax der HU Berlin stattfinden.

Die Berliner Bildungspolitik und die Arbeit des neuen Präsidiums sind kritisch zu begleiten, studentische Interessen zu diskutieren und mögliche Interventionen zu erarbeiten. Wir sollten die aktuelle Bildungsmisere nicht unkommentiert lassen, sondern uns lauthals zu Wort melden. Wir sind für neue Impulse offen und werden euch gerne mit Rat und Tat unterstützen. Auf in kämpferische Debatten und erfüllende Diskussionen.

E-Mail: [hochschulpolitik@astafu.de](mailto:hochschulpolitik@astafu.de)

## Frauenreferat

Das Frauenreferat bemüht sich, feministische Projekte und Inhalte an der Uni zu initiieren und zu fördern. Gerade in Zeiten, in denen Gelder für feministische Forschung und Lehre immer weiter gekürzt werden, wollen wir dazu beitragen, die Debatte um Geschlecht als gesellschaftliches Strukturmerkmal in Gang zu halten.

An das Referat angegliedert ist die Frauenberatung. Diese bietet Frauen\* Rat und Unterstützung bei der Suche nach feministischen Bibliotheken, Sport von und für Frauen\*, Ausgehtipps u. v. m. und vermittelt Beratungsstellen im Falle sexualisierter Gewalt/Übergriffe.

Jedes Semester organisieren wir ein günstiges Sportprogramm für FrauenLesbenTrans\*. Aktuell könnt ihr Kurse im Kickboxen, Konditionstraining und Wendo besuchen.

Im Juni und Juli bieten wir Computerkurse an, die über Photoshop, Indesign, Web 2.0 und Verschlüsselung informieren. Außerdem ist ein Antisexismus-Reader in Arbeit. Eine weitere Idee, die wir in naher Zukunft umsetzen wollen, besteht in der Vorstellung von Abschlussarbeiten mit queer-/feministischen Themenstellungen.

Wir freuen uns immer über Interessierte und potenzielle Mitstreiter\_innen. Kommt vorbei und bringt eure Erfahrungen, Informationen und Vorschläge ein! Frauen\* richtet sich an alle, die sich selbst als Frau definieren und wahrgenommen werden wollen.

Internet: [www.astafu.de/frauen](http://www.astafu.de/frauen)

E-Mail: [frauen@astafu.de](mailto:frauen@astafu.de)

## Referat für Studienangelegenheiten

Das Referat für Studienangelegenheiten beschäftigt sich zur Zeit hauptsächlich mit Datenschutz und (Kamera-)Überwachung an der Uni.

Wir treffen uns als Arbeitskreis jeden Mittwoch um 15.00 Uhr im Asta. Interessierte sind herzlich willkommen. In der nächsten Zeit wollen wir gerne eine Karte herausbringen, auf der alle Kameras an der FU verzeichnet sind (das sind viele...). Zusätzlich wollen wir eine Broschüre mit Infos und kritischen Artikeln zum Thema Datenschutz zusammenstellen. Darüber hinaus bieten wir eine technische Sprechstunde an: Hier kannst du vorbei kommen, wenn du Probleme mit deinem Computer hast oder gerne wissen würdest, wie

du z.B. verschlüsselte Mails verschicken kannst. Die technische Sprechstunde sowie die Sprechstunde für Datenschutz findet mittwochs von 14.00 bis 15.00 Uhr in der Asta-Villa statt.

E-Mail:

[studienangelegenheiten@astafu.de](mailto:studienangelegenheiten@astafu.de)

# Beratungen des ASTA FU im Sommersemester 2010

Wenn nicht anders angegeben, findet die Beratung  
in der ASTA-Villa, Otto-von-Simson-Straße 23 statt.

## Allgemeine Öffnungszeiten des ASTA (Bürozeiten)

Montag bis Freitag 10.00–18.00 Uhr

Tel.: 839 091-0

E-Mail: [info@astafu.de](mailto:info@astafu.de)

### Ausländer\_innenberatung

Mittwoch, 12.00–17.00 Uhr

Freitag, 13.00–18.00 Uhr

Telefon: 839 091-17

E-Mail: [arefberatung@astafu.de](mailto:arefberatung@astafu.de)

### Bafög-Beratung

Montag, 14.00–18.00 Uhr

Donnerstag, 11.00–16.00 Uhr

Freitag (unregelmäßig), 11.00–15.30 Uhr ([astafu.de](mailto:astafu.de))

Tel.: 839 091-12

### Beratung für behinderte und chronisch kranke Studierende

Montag, 11.00–16.00 Uhr

Silberlaube, Raum K 25/16

Telefon: 838 562-03

E-Mail: [astabehindertenberatung@astafu.de](mailto:astabehindertenberatung@astafu.de)

### Sprechstunde des Fachschaftsreferats

(Infos zur Arbeit einer FSI und zur AStA-Infrastruktur)

Montag, 13.00–14.00 Uhr

E-Mail: [fsref@astafu.de](mailto:fsref@astafu.de)

### Frauenberatung

Donnerstag, 10.00–12.00 Uhr

Tel.: 839 091-23

E-Mail: [frauen@astafu.de](mailto:frauen@astafu.de)

### Hochschulberatung

Dienstag, 10.00–15.00 Uhr

Donnerstag, 11.00–16.00 Uhr

Tel.: 839 091-12

E-Mail: [hochschule@astafu.de](mailto:hochschule@astafu.de)

### Kassenstunde des Finanzreferats

Montag, 12.00–13.30 Uhr

Donnerstag, 16.00–17.30 Uhr

### Kommunikationsreferat

Dienstag 14.00–15.00 Uhr

Telefon: 839091-19

### Lesbisch-feministische

### Information und Service (LIS)

Dienstag, 15.00–17.00 Uhr

Tel.: 839 091-23

E-Mail: [lesben@astafu.de](mailto:lesben@astafu.de)

### Medienwerkstatt

Montag 14.00–15.00 Uhr

Tel.: 839 091-11

[medienwerkstattberlin@google.mail.com](mailto:medienwerkstattberlin@google.mail.com)

### Rechtsberatung

### (durch eine Anwältin)

Freitag, 15.00–17.00 Uhr

(nur mit Voranmeldung im AStA-Büro,

persönlich oder telefonisch unter 838 091-0)

## Semesterticketbüro

Thielallee 36 (unter dem Kino Capitol)

Dienstag, 10.00–14.00 Uhr

Mittwoch, Donnerstag 14.00– 18.00 Uhr

Telefon: 839 091-40

E-Mail: [semstixbuero@astafu.de](mailto:semstixbuero@astafu.de)

Online: [www.astafu.de/semstixbuero](http://www.astafu.de/semstixbuero)

## Sozialberatung

Freitag, 10.30–15.30 Uhr

Telefon: 839 091-12

E-Mail: [sozialberatung@astafu.de](mailto:sozialberatung@astafu.de)

## Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung

Freitag, 13.00–16.00 Uhr

Telefon 839 091-18

## Technische Sprechstunde (Computerprobleme und Datenschutz)

Mittwoch 14.00–15.00 Uhr

E-Mail: [datenschutz@astafu.de](mailto:datenschutz@astafu.de)

---

## OUT OF DAHLEM

Magazin des ASTA  
der Freien Universität Berlin  
Ausgabe Nr. 11, Sommersemester 2010

### Herausgeber\_in

ASTA der Freien Universität Berlin  
Otto-von-Simson-Straße 23  
14195 Berlin,  
Telefon: (030) 839 0910  
Online: [www.astafu.de](http://www.astafu.de)

### Redaktion

Öffentlichkeitsreferat AStA FU  
Anahita Bidjanbeg, Benjamin Derin,  
Falko Grothe, Harald Herbich,  
Frauke Liebertz, Kai Kampmann,  
Felix Koch, Andy Möbius,  
Athanasia Theel, Sebastian Thiel

### Kontakt

[oeffref@astafu.de](mailto:oeffref@astafu.de)

Gestaltung/  
Illustrationen  
Kai Kampmann

### Druck

AStA-Druckerei

### Belichtung

Medienraum,  
RefRat der Humboldt-Universität

### Auflage

5000 Exemplare

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die  
Ansichten der Redaktion oder einzelner  
Mitglieder selbiger wieder.

Die abgedruckten Artikel erscheinen mit einer  
Creative-Commons-Lizenz. Sie dürfen bei  
Nennung der Autor\_innen-Namen unverändert,  
unkommerziell weiterverbreitet werden.

---



–Keimzeit: Irrenhaus